



Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen

Information Nr. 59 Stuttgart II/1975

Konflikte in der Sowjetunion Sowjetideologie – Menschenrechte – Glaubensfreiheit

INHALT

I. Einführung

von Michael Mildenerberger

**Stabilitätskrise des Sowjetsystems –
„Breschnew-Linie“ – Oppositionelle Kräfte**

II. Der „ideologische Krieg“

von Gustav A. Wetter SJ

**Atheismus in der marxistisch-leninistischen Ideologie –
„Friedliche Koexistenz“, aber ideologischer Kampf – Gegen
„Überbleibsel aus der Vergangenheit“ – Totalitätsanspruch**

III. Die „Andersdenkenden“

von Cornelia Gerstenmaier

**Intellektuelle in der Opposition – Bürgerrechtskämpfer –
Solschenizyn und Sacharow – Nationale Bewegungen –
Juden in der Sowjetunion**

IV. Der Kampf für die Glaubensfreiheit

1. Überblick

von Michael Mildenerberger

**Religiöse Gemeinschaften in der Sowjetunion – Militanter
Atheismus – Säkularisierung – Religiöse Erneuerung**

2. Kompromiß: die orthodoxe Hierarchie

von Johannes Chrysostomus OSB

**Rechtliche Fragen – Um die Existenzmöglichkeit der
orthodoxen Kirche – Geistige Opposition – Gefangene Kirche**

3. Widerstand: die Reformbaptisten

von Michael Mildenerberger

**Ein unkontrollierter Lebensraum für den Glauben – Gute
Bürger, aber Christen – Bereitschaft zum Martyrium –
Freiheit ist unteilbar**

Hinweis: Bei diesem Text handelt es sich um eine für die Bildschirmansicht optimierte Version. Das Ursprungslayout wurde dabei verändert, die Rechtschreibung und die Seitenumbrüche jedoch beibehalten. Die Zitierfähigkeit ist somit gewährleistet.

I. Einführung

Die Sowjetunion ist schon lange nicht mehr der monolithische Block, als der sie sich in den Zeiten des kalten Krieges darbieten mochte. Zwar beherrscht nach wie vor die Kommunistische Partei mit ihren mehr als 14 Millionen Mitgliedern eindeutig das gesellschaftliche, politische und geistige Leben in der UdSSR. Doch ist ihr totaler Anspruch nicht mehr unangefochten.

Seit je wird der Kurs der Sowjetführung, so sehr er zu realpolitischem Pragmatismus neigt, in der Ideologie des Marxismus-Leninismus verankert. Die Ideologie ist offizielles Orientierungssystem, ihre prägende Kraft ist unverkennbar in allen Bereichen der Bildung und Volkserziehung, von den Kindergärten bis zu den Hochschulen und den Indoktrinationsprogrammen in den Betrieben. Dennoch scheint dieses System der ideologischen Verankerung seit der Ära Chruschtschows erheblich erschüttert zu sein. Die „Entstalinisierung“, der ideologische Konflikt mit China und das Programm der „friedlichen Koexistenz“ störten es so nachhaltig, daß nicht nur die Ideologie ihre integrierende und mobilisierende Kraft für weite Teile der Bevölkerung verlor, sondern daß es offenbar auch innerhalb der KPdSU zu einer tiefen Autoritätskrise kam.

„Die Konzeption, die sich inzwischen zur ‚Breschnew-Linie‘ entwickelte, entstand 1968/69 primär unter dem Zwang, dem Zustand der Verunsicherung und Labilität mit neuer Tatkraft und einer neuen politischen Strategie entgegenzutreten. Sie basierte auf der Grundsatzentscheidung, keine Veränderung des Systems zuzulassen ... Diese Ziele vor Augen, wurden alsbald große Anstrengungen unternommen, um auf allen Stufen der KPdSU-Hierarchie, des Staatsapparats, der Wirtschaft, in den Gewerkschaften und in anderen Organisationen (z.B. im Schriftstellerverband) ein kämpferisches Ideologiebewußtsein wiederherzustellen“ („Sowjetunion 1973“, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien).

Zu diesen Bemühungen, die Autoritätskrise der Partei und die Stabilitätskrise des Systems zu überwinden, gehört auch der Grundsatz, daß der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Annäherung an den Westen eine Verschärfung des innenpolitischen Kurses entsprechen muß. „Solch ein Klima internationaler Beziehungen kann auf der innenpolitischen Ebene, vor allem im ideologischen Bereich, eine demobilisierende Auswirkung haben ... Die Entspannungssituation schafft die Notwendigkeit einer offenen propagandistisch-ideologischen Konfrontation, wobei die organisierten Barrieren, die uns vor der Infiltration schützen sollen, eine immer kleinere Rolle spielen werden“ (Julian Sokol, ein polnischer Politoffizier).

Damit sind die Grundbedingungen genannt, unter denen heute das Sowjetregime die Auseinandersetzung mit abweichenden Kräften innerhalb der eigenen Bevölkerung führt. Daß solche Kräfte vorhanden sind, ist offenkundiger denn je. Man braucht nur auf die ständig wachsende Bedeutung hinzuweisen, die *Alexander Solschenizyn* im Bewußtsein der westlichen wie der östlichen Welt gewonnen hat.

Gerade dieser Schriftsteller repräsentiert indes auch die Vielschichtigkeit und Vieldeutigkeit der innensowjetischen Opposition, in der sich demokratisch-liberale und konservative, reformmarxistische und religiöse, nationale und kulturelle Elemente mischen.

Der Historiker *Andrej Amalrik*, selbst einer der bedeutendsten unter den Dissidenten, registriert in seinem 1969 geschriebenen Essay „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben?“ vier „Ideologien“, auf die sich die Opposition im Lande stützt:

- Der wahre Marxismus-Leninismus, der davon ausgeht, daß das Sowjetregime die Ziele und Ideen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung verfälscht hat.
- Die christliche Ideologie, sofern sie als politische Kraft wirksam wird. Sie entscheidet nach den Grundsätzen der christlichen Moral und mißt Rußland im Sinne der alten Slawophilen eine besondere Sendung bei.
- Die liberale Ideologie, die als Endziel den Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft westlichen Typs anstrebt. Dabei werden durchaus sozialistische Elemente beibehalten.
- Die Ideologie des Reformismus, deren Ziel es ist, auf dem Wege schrittweiser Veränderungen und Reformen die alte Bürokratie zu ersetzen und eine neue Ordnung, einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ zu schaffen.

Zweifellos trifft diese Analyse die Hauptintentionen, wie sie auch heute noch Programme und Aktionen der „demokratischen Bewegung“ bestimmen. Allerdings scheinen sich die Vorstellungen heute stärker auf die Konzeption einer „sozialistischen Demokratie“ einerseits und einer mit nationalen Ideen durchgesetzten konservativen Staats- und Gesellschaftsordnung andererseits zu konzentrieren. Dazuhin gewann das religiöse Moment durch den Kampf vieler religiöser Gruppen um Glaubensfreiheit und innere Erneuerung größere Bedeutung.

Dieses breite Spektrum von der offiziellen Parteiideologie über die verschiedenen oppositionellen Kräfte bis zu den religiösen Gruppen und die daraus resultierenden Konflikte und Verflechtungen in einem Überblick zu dokumentieren, ist die Absicht dieser *Information*. Es ist in der Sache begründet, daß dabei der Gegensatz zwischen dem totalitären Anspruch des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung und dem Ruf nach Freiheit - Gewissens- und Glaubensfreiheit, Redefreiheit, demokratischer Toleranz - im Vordergrund steht. Das außerordentlich weite und komplizierte Thema erlaubt nicht mehr als dies: einige Grundlinien zu ziehen, Konfliktpunkte aufzuzeigen und die konkrete Erfahrung durch eine sparsame Auswahl dokumentarischer Zitate zu belegen. Dennoch scheint ein solcher Überblick nützlich, um die Fülle von Detailnachrichten, die heute aus der Sowjetunion in den Westen gelangen, prüfen und richtig einordnen zu können.

Michael Mildenberger

II. Der „ideologische Krieg“

In den letzten Jahren hat die geistige Auseinandersetzung zwischen kommunistischem Osten und nicht-kommunistischer Welt eine deutliche Eskalation erfahren. Die kommunistische Ideologie sprach seit eh und je von einer dreifachen Form des Klassenkampfes: dem ökonomischen, politischen und ideologischen Kampf. Wenn aber *Breschnew* in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 24. Parteikongreß der KPdSU 1971 von einem „pausenlosen ideologischen Krieg“ sprach, so setzte er damit doch einen neuen Akzent, da bisher gewöhnlich nur von einem „ideologischen Kampf“, allenfalls - besonders seit 1968 - von einem „unerhört verschärften ideologischen Kampf“ gesprochen wurde.

Der ideologische Klassenkampf tobt jedoch nicht nur zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltlager, es geht dabei auch - und vor allem - um eine stets vollkommeneren Durchdringung der gesamten Bevölkerung im Inneren des eigenen Landes mit der marxistisch-leninistischen Ideologie. „Herzstück der gesamten ideologischen Erziehungsarbeit der Partei ist die Erziehung breiter Massen von Werktätigen in der kommunistischen Weltanschauung, ihre Ausbildung in den Ideen des Marxismus-Leninismus“, stellte *Breschnew* in seiner Rede fest. Gerade aber diese Erziehungsarbeit im Inneren muß auch die Form des „ideologischen Krieges“ annehmen, seit der offene Nonkonformismus der „Andersdenkenden“ und Dissidenten (vgl. S. 11) um sich zu greifen begann.

Wie dies in der Sowjetunion zu sein pflegt, gingen von der Erklärung des letzten Parteikongresses mächtige Impulse für die ideologische Arbeit im ganzen Lande aus. Die verschiedenen Presseorgane beschäftigten sich eingehend mit den Direktiven des Kongresses im allgemeinen und den sich aus ihnen ergebenden Folgerungen für die ideologische Arbeit im besonderen. Als ein Beispiel für viele kann ein Leitartikel der „*Pravda*“ vom 15. Sept. 1972 dienen. Unter Bezugnahme auf die eben wiedergegebene Stelle aus *Breschnews* Rechenschaftsbericht fordert die „*Pravda*“ eine energische Arbeit an der Überwindung der Überbleibsel aus der Vergangenheit im Bewußtsein und im Benehmen der Menschen, die der Moral und den Auffassungen der sozialistischen Gesellschaft widersprechen. „Zu den zählebigsten Überresten des Vergangenen gehören die religiösen Vorurteile.“ Die Parteiorganisationen hätten dafür zu sorgen, daß die wissenschaftlich-atheistische Propaganda einen kämpferischen und aggressiven Charakter habe. „Vor allem aber muß jeder Kommunist ein kämpferischer Atheist sein.“

Der Inhalt der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ des dialektischen und historischen Materialismus kann hier nicht dargelegt werden. Da sich jedoch in den ideologischen Auseinandersetzungen die Frage der Religion und der Religionsfreiheit weit über einen engen kirchlich-christlichen Rahmen hinaus immer wieder als Schlüsselfrage erweist, sei wenigstens kurz erörtert, ob und inwieweit die marxistisch-leninistische Weltanschauung notwendig atheistischen Charakter hat.

Was den historischen Materialismus betrifft, so ist die Frage, ob er *notwendig* im Sinne des Atheismus zu interpretieren sei, nicht so einfach zu entscheiden. Zweifellos kommt in seinem landläufigen Verständnis die Religion sehr schlecht weg. Sie ist in dieser Sicht nichts weiter als eine unter den verschiedenen Formen des „gesellschaftlichen Bewußtseins“ (zusammen mit der Moral, der Kunst, der Philosophie usw.) und gehört demnach dem „ideologischen Überbau“ an. Wie dieser insgesamt steht sie in Abhängigkeit vom „materiellen Sein“ der Gesellschaft, das heißt von der Produktionsweise. In ihr wie in den anderen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins spiegeln sich immer irgendwelche sozio-ökonomischen Gegebenheiten wieder. Ändert sich die Produktionsweise, so muß sich auch der gesamte ideologische Überbau ändern und mit ihm die Religion. Es käme ihr also in dieser Sicht kein absoluter Wahrheitsgehalt zu. Es ist jedoch eine sehr schwierige Frage, ob neuere Entwicklungen der Basis-Überbau-Lehre innerhalb des Marxismus nicht die Annahme von Elementen von absoluter Bedeutung - wenigstens unter gewissen Bedingungen - in den verschiedenen Formen des ideologischen Überbaus gestatten, was sich dann auch auf das Religionsverständnis auswirken müßte.

Es ist in unserem Zusammenhang jedoch gar nicht nötig, diese Frage zu entscheiden, da sich dieses Problem nur im Hinblick auf den historischen, nicht aber den dialektischen Materialismus stellt. Für den Marxismus-Leninismus aber bilden diese beiden eine monolithische, eine untrennbare Einheit. Der wesentlich atheistische Charakter des dialektischen Materialismus kann jedoch keinem Zweifel unterliegen. Er hält ja unsere materielle Welt, der wir angehören, für die einzige Welt und sieht in der Materie die grundlegende Wirklichkeit, die im Laufe ihrer Entwicklung das Leben und den Menschen hervorbrachte. Wenngleich die Sowjetideologie das menschliche Bewußtsein als nicht materiell anerkennt, so sieht sie in demselben doch nicht mehr als ein „Produkt“, eine „Funktion“ oder auch eine „Eigenschaft“ der hochorganisierten Materie des menschlichen Gehirns. Für einen Schöpfergott und einen religiösen Bezug zu ihm ist in dieser Weltsicht kein Platz.

An dem wesentlich atheistischen Charakter des Marxismus-Leninismus in seinem sowjetischen Verständnis kann also kein Zweifel bestehen. Muß dieser unüberbrückbare ideologische Gegensatz aber auch zu einem Konflikt auf der Ebene der Praxis führen? Wäre es nicht denkbar, daß in einem kommunistisch regierten Lande Marxisten-Leninisten mit Anhängern anderer Weltanschauungen friedlich zusammenleben, wie etwa in anderen Ländern Anhänger verschiedener Religionen? Die eingangs wiedergegebenen sowjetischen Äußerungen der letzten Jahre belegen deutlich genug, daß sich die sowjetische Führung zu einem aktiven Kampf gegen die „bürgerliche Ideologie“ und die „religiösen Vorurteile“ verpflichtet sieht, die sie als „Überreste aus der Vergangenheit“ betrachtet. Widerspricht aber diese Haltung nicht dem ansonsten mit solchem Nachdruck verkündeten Prinzip der „friedlichen Koexistenz“?

Als vor etwa zwanzig Jahren *Chruschtschow* sein Koexistenzangebot lancierte, verstand er unter „friedlicher Koexistenz“: Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen „Lager“, friedlichen Wettbewerb um die Anerkennung seitens der Völker und die Zusicherung, daß das sozialistische Lager die Revolution nicht als „Exportartikel“ betrachte. Es scheinen sich jedoch alsbald, selbst innerhalb der Sowjetunion, weite Kreise im Namen der friedlichen Koexistenz eine größere Toleranz auch auf weltanschaulichem Gebiet erhofft zu haben. Dies veranlaßte *Chruschtschow*, in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 20. Parteitag 1956 (es war bezeichnenderweise der Parteitag, der die Entstalinisierung einleitete) klarzustellen, daß es „ein gefährlicher Irrtum“ wäre, „die zweifellos richtige These von der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen Ländern mit verschiedenartigen sozialpolitischen Systemen auch auf den Bereich der Ideologie zu übertragen ... Aus der Tatsache, daß wir für eine friedliche Koexistenz und einen wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus sind, darf auf keinen Fall geschlossen werden, daß man den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie abschwächen darf, den Kampf gegen die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen. Unsere Aufgabe ist es, die bürgerliche Ideologie unermüdlich zu entlarven und ihren volksfeindlichen, reaktionären Charakter aufzudecken.“ Damit wurde der Geltungsbereich des Prinzips der friedlichen Koexistenz auf den politischen und wirtschaftlichen Sektor eingeschränkt und die Ideologie aus ihm herausgenommen.

Möglicherweise ist dies einfach ein Staatskapitalismus

„In unserem Land beeindruckt die außerordentlich große Konzentration wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Macht, mit anderen Worten, die extreme Monopolisierung. Möglicherweise ist dies einfach ein Staatskapitalismus (wie Lenin nach der Revolution sagte), in dem der Staat das Monopol der gesamten Wirtschaft innehat.

Dann aber ist unser Sozialismus überhaupt nichts Neues, sondern nur eine extreme Form in der Entwicklung des Kapitalismus, wie es ihn etwa in den Vereinigten Staaten und in anderen westlichen Ländern gibt. Der Unterschied liegt nur in der extremen Monopolisierung.

Wenn dem so ist, so darf es uns nicht wundern, daß bei uns dieselben Probleme wie in der kapitalistischen Welt auftauchen: Kriminalität und Entfremdung des Individuums. Nur ist unsere Gesellschaft ein Extremfall. Sie ist äußerst unfrei, ideologisch äußerst unbeweglich und außerdem - und das ist wahrscheinlich das Charakteristischste - ist sie überaus präventiv, das heißt, sie gibt vor viel besser zu sein als irgendeine andere Gesellschaftsform.“

Andrej Sacharow in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen, veröffentlicht am 4. Juli 1973.

Quelle: A. Sacharow, Stellungnahme, Wien 1974, S. 44f.

Es ist bekannt, daß die Chinesen bald darauf begannen, gegen *Chruschtschows* Verständnis der These von der Vermeidbarkeit der Kriege den Vorwurf des Revisionismus zu erheben. Es war wohl im Bestreben, diesen Vorwurf zu entkräften, wenn man sowjetischerseits um 1959 begann, der Koexistenzdoktrin ein etwas aggressiveres Aussehen zu verleihen. Die Koexistenz wurde nun als „spezifische Form des Klassenkampfes“ verkündet, nämlich als ein „Klassenkampf in der internationalen Arena“. Seit der Oktoberrevolution verfüge die Arbeiterklasse über ein Kampfmittel, das sie bis dahin nicht besaß, nämlich über den Staat; seither habe der Klassenkampf aus dem Inneren der einzelnen Länder auf das Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen übergegriffen. Wie jeder Klassenkampf wird er in dreifacher Form geführt: als politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Kampf. Für uns ist vor allem wichtig, daß das Gebiet der Ideologie ausdrücklich aus dem Geltungsbereich der friedlichen Koexistenz ausgenommen wird. Den Grund dafür sieht man darin, daß es zwischen Wahrheit und Irrtum keine friedliche Koexistenz geben kann.

Dementsprechend wird die Notwendigkeit des ideologischen Kampfes in allen offiziellen Dokumenten immer aufs neue eingeschärft, so in den neuen Statuten und im neuen Parteiprogramm der KPdSU, beides Dokumente, die auf dem 22. Parteikongreß 1961 angenommen wurden. Statutengemäß ist ein Mitglied der Partei verpflichtet, „... einen entschlossenen Kampf gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie ... gegen die religiösen Vorurteile und andere Überreste der Vergangenheit zu führen“. Und das neue Programm der sowjetischen KP setzt sich zum Ziele, alle Menschen, die in ihrem Machtbereich leben, zum Atheismus zu bekehren: „Die Partei benutzt die Mittel der ideologischen Einwirkung, um die Menschen im Geiste der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung zu erziehen und religiöse Vorurteile zu überwinden ... Systematisch muß eine umfassende wissenschaftlich-atheistische Propaganda betrieben und geduldig die Unzulänglichkeit religiöser Glaubensvorstellungen erklärt werden.“ Die eingangs zitierten Stellen aus *Breschnews* Rechenschaftsbericht vor dem 24. Parteitag und aus dem Pravda-Artikel sind eigentlich nur erneute Einschärfungen der in Statut und Programm sanktionierten Linie.

Der Kampf gilt allerdings nicht nur der Eliminierung der Religion, sondern gleichermaßen allen Erscheinungen bürgerlicher Ideologie oder revisionistischer Haltung - etwa dem subjektivistischen Freiheitsverständnis eines „bürgerlichen Individualismus“ oder einem parlamentarischen Demokratieverständnis. Gerade den Dissidenten innerhalb der Sowjetunion und ihrer Betonung der individuellen Menschenrechte wird auf dieser Basis der ideologische Krieg erklärt (vgl. den Ausschnitt aus *Breschnews* Rechenschaftsbericht vor dem 24. Parteitag der KPdSU).

Aus alledem wird sichtbar, daß die Partei nicht entschlossen ist, neben ihrer eigenen Weltanschauung andere als gleichberechtigt zu dulden. Auf dem Gebiet der Ideologie kann es für sie keine

friedliche Koexistenz geben. Beruht diese Unduldsamkeit nur auf einem Nichtwollen oder ist die Partei aufgrund der marxistisch-leninistischen Lehre zu einem aktiven Kampf gegen abweichende Überzeugungen und Programme verpflichtet?

Freiheit und Demokratie sind Klassenbegriffe

Breschnew stellte fest, daß sich die Fragen der Demokratie „heute im Mittelpunkt des ideologischen und politischen Kampfes zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus befinden. Bürgerliche Ideologen und Revisionisten klagen scheinheilig darüber, daß es bei uns keine Demokratie gäbe. Sie präsentieren uns alle möglichen ‚Ratschläge‘ bezüglich einer ‚Verbesserung‘ des Sozialismus und seiner ‚Demokratisierung‘. Natürlich sind sie nicht um den Sozialismus besorgt. Sie möchten uns zu den bürgerlichen Zuständen zurückbringen und versuchen deshalb, uns ihre bürgerliche Demokratie, eine den Interessen des Volkes fremde Demokratie der Ausbeuter aufzudrängen.

Das ist ein sinnloses und nutzloses Unterfangen. Die sowjetischen Menschen haben ihre eigene, ihre sozialistische Demokratie, ihre Grundsätze und ihre Traditionen in deren Entwicklung. Es gibt keine Freiheit schlechthin, wie es auch keine Demokratie schlechthin gibt. Das sind Klassenbegriffe. So hat W. I. Lenin diese Frage gestellt, und so stellt sie unsere Partei auch heute. Wir sehen den Sinn und Inhalt der sozialistischen Demokratie in der Beteiligung immer größerer Massen an der Verwaltung des Landes und der gesellschaftlichen Angelegenheiten. Das gesamte politische System der Gesellschaft und die ständig wachsende Initiative der Werktätigen stehen bei uns im Dienst des kommunistischen Aufbaus. Solch eine Demokratie ist für uns ein Lebensbedürfnis, ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und Festigung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen.“

Leonid Breschnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU auf dem 24. Parteitag 1971.
Quelle: Frankfurter Rundschau, 24. April 1971

Vom Standpunkt des Marxismus aus scheint ein tolerantes Verhalten anderen Weltanschauungen und insbesondere der Religion gegenüber schon möglich. Wenn im landläufigen Verständnis des historischen Materialismus „bürgerliche“ Ideologie und Religion in ihrem Wesen als eine Form von „falschem“ gesellschaftlichen Bewußtsein erscheinen, die ein anormales „gesellschaftliches Sein“ widerspiegeln, so ist in dieser Einschätzung mit eingeschlossen, daß sie von selbst absterben werden, wenn einmal im Kommunismus eine wahrhaft menschliche Gesellschaft verwirklicht sein wird, die es nicht mehr nötig hat, zu diesem „Opium des Volks“ ihre Zuflucht zu nehmen. Das eigentliche Mittel für die Überwindung anderer Weltanschauungen wie der Religion wäre demnach nicht die Propaganda, und noch weniger eine polizeiliche Verfolgung, sondern die Bemühung um die Schaffung einer echt menschlichen Gesellschaft. Der Marxist hätte also durchaus die Möglichkeit, es der Geschichte zu überlassen, die Religion ihrem Absterben zuzuführen und den Gläubigen eine allseitige Toleranz entgegenzubringen. Der französische Marxist

Roger Garaudy hatte wohl recht, wenn er den sowjetischen Führern ein anti-marxistisches Vorgehen vorwarf, als sie Ende 1963 eine Reihe von Maßnahmen zur Verschärfung des Kampfes gegen die Religion beschlossen.

Wenn dem so ist, wie erklärt sich dann der zähe und unerbittliche Kampf, den das Sowjetregime seit eh und je gegen abweichende Weltanschauungen und besonders gegen die Religion führte und trotz verfassungsmäßiger Rechte und Garantien noch führt? Der Grund dafür scheint ein zweifacher zu sein.

Durch das Gesetz garantiert

Artikel 125 der Verfassung der UdSSR:

„In Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung der sozialistischen Ordnung werden den Bürgern der UdSSR durch das Gesetz garantiert: die Redefreiheit; die Pressefreiheit; die Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit; die Freiheit zur Durchführung von Umzügen und Demonstrationen.“

Artikel 190-1 des Strafgesetzbuches der RSFSR:

„Verbreitung wissentlich lügenhafter, die Staats- und Gesellschaftsordnung des Sowjetregimes verleumdender Behauptungen.

Die mündliche systematische Verbreitung wissentlich lügenhafter Behauptungen, die die Staats- und Gesellschaftsordnung des Sowjetregimes verleumden, sowie die Abfassung und Verbreitung von Schriften ebensolchen Inhalts in handschriftlicher, gedruckter oder anderer Form, wird mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder mit Besserungsarbeiten bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 100 Rubeln bestraft.“

Zitiert nach: J. J. Marie (Hrsg.), *Opposition - eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion?*, München 1971, S. 7 u. 187.

Zunächst einmal die Sicherung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei als alleiniger führender Kraft in der Sowjetgesellschaft. Theoretische Prämisse dieses Machtmonopols ist die marxistisch-leninistische Ideologie, Voraussetzung in der Praxis jedoch die Alleingültigkeit dieser Ideologie in dem von der Partei beherrschten Raum. Würde sie neben dieser Ideologie eine andere Weltanschauung als gleichberechtigt anerkennen, so müßte sie immer gewärtigen, daß ihr Machtmonopol unter Zweifel gestellt wird.

Der zweite Grund geht noch tiefer. Der Marxismus-Leninismus versteht sich nicht nur als eine rein wirtschaftliche und gesellschaftliche Theorie, sondern als eine ganzheitliche Weltanschauung, die alle Gebiete des menschlichen Lebens erfassen und bestimmen will. Sie kann sich nicht auf einen Teilbereich beschränken, sie ist ihrem Wesen nach totalitär. Und die Kommunistische Partei, mit ihrem Selbstverständnis als „freiwilliger Bund gleichgesinnter Menschen, die sich zusammengeschlossen haben, um die marxistische Weltanschauung zu verwirklichen, um die historische Mission der Arbeiterklasse

zu erfüllen“, würde glauben, sich selbst untreu zu werden, würde sie andere Weltanschauungen in ihrem Machtbereich als gleichberechtigt behandeln.

Die Zeit der offiziellen Parteiideologie ist abgelaufen

„Die Stärke der KPdSU liegt in der umfassenden unbegrenzten und unkontrollierbaren Macht, die es ihr ermöglicht, die Massen unter dem Druck von Pflicht und Schuldigkeit zu halten, und die jederzeit ein rasches Unterdrücken jeglichen Protestes erlaubt.

Die Schwäche der KP liegt darin, daß ihre offizielle Ideologie von den breiteren Volksmassen nicht mehr anerkannt wird und nur noch durch organisierte Gewaltanwendung in wirtschaftlicher und administrativer Hinsicht aufrechterhalten werden kann...

Eine 50jährige Erfahrung zeigt klar und unwiderlegbar die Mängel der sowjetischen Epigonen des Marxismus. Irrtumbeladen erscheinen uns die Lehren vom Absterben von Religion, Staat, Klassen, Ausbeutung angesichts der Resultate, die die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gezeitigt hat... Wie groß auch heute die Macht der Kommunistischen Partei der UdSSR sein mag - ihr Ende ist ebenso unausweichlich und absehbar, wie auch die Zeit der offiziellen Parteiideologie abgelaufen ist, weil sie begonnen hat, als reaktionärer Faktor den Fortschritt zu bremsen.

Die Macht der KPdSU führt in ihrer umfassenden, unbegrenzten Unkontrollierbarkeit einerseits zum moralischen Verfall ihrer Mitglieder, und andererseits erzeugt sie einen Antagonismus zu den rechtlosen, außerhalb der Partei stehenden Massen. Die Masse des Volkes sieht nämlich heute in den Führern der Partei - wie sehr sie sich auch als Vertreter des Volkes aufspielen mögen - bloß noch die Anführer einer herrschenden Schicht, die sich mehr und mehr zu einem volksfeindlichen Faktor wandelt.“

Aus: Boris V. Talantov „Die KPdSU als herrschende Klasse in der sowjetischen Gesellschaft“, März 1968. Talantov, Mathematiker, orthodoxer Christ und Bürgerrechtskämpfer, starb 1971 im Gefängnis. Quelle: C. Gerstenmaier, Die Stimme der Stummen, Stuttgart 1971, S. 350f.

Dieser Totalitätsanspruch wird ihr schließlich aber auch zu ihrem eigenen Verhängnis werden. Schon jetzt beginnt sich eine Entwicklung abzuzeichnen, aus der ersichtlich wird, daß die Bevölkerung in den kommunistisch beherrschten Ländern die Ideologie nicht mehr ernst nimmt und diese nur mehr von der Führungsschicht getragen wird und ihr als Herrschaftsinstrument dient. Dies ist jedoch ein Vorgang, der auf weite Sicht zum Zerfall führen muß.

Gustav A. Wetter SJ

III. Die „Andersdenkenden“

Seit der kommunistischen Machtübernahme hat es in Rußland und der späteren Sowjetunion immer Widerstand gegen das Regime gegeben, selbst unter Stalin. Aber der offene geistige und politische Nonkonformismus, dem sich die Sowjetführung heute konfrontiert sieht, begann erst nach Stalins Tod. Das nach dem Ende des Diktators veränderte Klima, verändert vor allem im Sinne einer spürbaren Minderung des Terrors, begünstigte die Entwicklung eines Phänomens, das in der Sowjetgeschichte durchaus neu ist: die Entwicklung einer Bürgerrechtsbewegung. Diese, im weiteren Sinne auch als „demokratische Bewegung“ bekannt gewordene Initiative macht gegenwärtig das bedeutendste Element des Widerstandes in der Sowjetunion aus.

Die Bewegung ist keineswegs fest organisiert. Aber ungeachtet vieler weltanschaulicher Differenzen ist es das Gefühl persönlicher Verantwortung für die Gesicke ihres Landes und seiner Bürger, das ihre Vertreter eint und bindet. Sie kämpfen für den Rechtsstaat, für die Verwirklichung der Menschenrechte in ihrem Land. Sie sprechen nicht nur für sich selbst, sondern im Namen von Millionen Entrechteter, Verfolgter und Ermordeter. Ihr Kampf orientiert sich an den Begriffen „Wahrheit“ und „Gewissen“, Begriffe, die sie der institutionalisierten Lüge und Gewalt entgegensetzen unter Einsatz der eigenen Existenz.

Lebt nicht mit der Lüge!

„Wir sind vom Menschlichen so hoffnungslos entfernt, daß wir für das tägliche kümmerliche Stückchen Brot alle Grundsätze aufgeben, unsere Seele, alles, worum sich unsere Vorfahren mühten, alle Möglichkeiten für die Nachkommen - um ja nicht unsere jämmerliche Existenz zu zerrütten..“

Wie man es uns bei der Politschulung eingehämmert hat, so hat es sich in uns festgesetzt, bequem leben, auf ewig gut: *Umwelt*, soziale Bedingungen, aus denen man sich nicht befreit, das Sein bestimmt das Bewußtsein, was haben wir damit zu tun? Wir können nichts.

Doch wir können - *alles!* -. Aber wir belügen uns selbst, um uns zu beruhigen. Nicht *sie* sind an allem schuld - *wir selbst*, nur *wir!*

Man entgegnet: da bleibt doch wirklich nichts! Man hat uns geknebelt, hört nicht auf uns, fragt uns nicht. Wie soll man *sie* zwingen, auf uns zu hören?

... Doch Gewalt altert schnell, ein paar Jahre - schon ist sie ihrer selbst nicht mehr sicher, und um sich zu halten, um anständig auszusehen, ruft sie sich unweigerlich die Lüge zum Verbündeten. Denn: Gewalt kann sich hinter nichts anderem verbergen als hinter der Lüge, und die Lüge kann sich nur durch Gewalt halten. Und nicht jeden Tag, nicht auf jede Schulter legt die Gewalt ihre schwere Pranke: sie fordert von uns nur, der Lüge ergeben zu sein, täglich an der Lüge teilzunehmen - und darin liegt die ganze Ergebenheit.

Und *hier* nämlich liegt der von uns vernachlässigte, einfache und zugänglichste Schlüssel zu unserer Befreiung. *Selbst nicht mitlügen!* Die Lüge mag alles überzogen haben, die Lüge mag alles beherrschen, doch im kleinsten Bereich werden wir uns dagegen stemmen: *Ohne mein Mittun!*“

Alexander Solschenizyn , 12. Februar 1974. Quelle: Sammlung Luchterhand 178, Darmstadt 1974, S. 59-61.

Die Bewegung der „Andersdenkenden“ (inakomysljasie) ist zunächst aus einer immer breiter gewordenen Opposition von Schriftstellern, auch Künstlern, entstanden, die ein Mehr an intellektueller Freiheit forderten, wobei sie nach und nach bestimmte parteiamtliche Doktrinen in Frage zu stellen und damit die bestehende offizielle Wertordnung schrittweise zu korrigieren begannen, ohne daß jedoch anfangs politische Akzente gesetzt wurden.

Wladimir Bukowskij, einer der führenden Bürgerrechtskämpfer, der heute in einer sowjetischen Haftanstalt schwerkrank ums Überleben kämpft, kam aus dem „SMOG“, einer Gruppe jugendlicher Literaten und Künstler, die zu Beginn der sechziger Jahre Dichterlesungen und andere Veranstaltungen außerhalb der Parteikontrolle veranstalteten, öffentlich, zumeist auf Plätzen im Zentrum Moskaus. Sie verbreiteten ihre unorthodoxen Gedanken, in Poesie und Prosa, in jenen heimlichen Abschriften - so wie bis heute manche der größten russischen Schriftsteller - *Boris Pasternak*, *Andrej Sinjawskij*, *Wladimir Maximow* und *Alexander Solschenizyn* - in der UdSSR verbreitet werden. Es entstand eine Literatur, die unter der Bezeichnung „*Samisdat*“ bald alle Bereiche, nicht nur die Belletristik, erfaßte, eine Literatur, die vom Großteil der russischen Intelligenz als die eigentlich authentische angesehen wird.

Samisdat bedeutet wörtlich soviel wie „Selbstverlag“. Der Begriff umfaßt alles, was außerhalb der Zensur, also heimlich, erscheint und verbreitet wird. Im Westen wird Samisdat häufig als „Untergrundliteratur“ bezeichnet. Dagegen verwahren sich jedoch die meisten Samisdat-Autoren. In ihren Augen ist der Samisdat ein legales Mittel, Ansichten und Meinungen wiederzugeben und zu verbreiten, auch dann, wenn diese von den amtlich propagierten Auffassungen abweichen. Man beruft sich dabei auf die sowjetische Verfassung, die den Bürgern der UdSSR Presse- und Meinungsfreiheit zugesteht.

Samisdat basiert auf einem scheinbar einfachen Verfahren. In hand- und maschinengeschriebenen Abschriften, auf Photographien, auch mittels Tonbandaufnahmen gehen Flugblätter, Aufsätze, Denkschriften, Gedichte, Romane und ganze Zeitschriften von Hand zu Hand. Am üblichsten sind maschinengeschriebene Abschriften. Jede Person, die in den Besitz einer Samisdat-Schrift gelangt, fertigt maximal zwölf, niemals jedoch weniger als fünf Kopien an. Eine Durchschrift behält er selbst, die übrigen gibt er an entsprechend viele Personen weiter, die dasselbe Verfahren ihrerseits wiederholen.

Durch den Samisdat erfuhr die Welt, daß hinter dem offiziellen, durch die Grenzen des Dogmas und der Zensur schmerzhaft eingeeengten Rußland ein anderes Rußland lebt, ein Rußland der sittlichen Erneuerung, des Rechtsbewußtseins und der geistigen Unversehrtheit.

Der anfangs weitgehend auf den kulturellen Bereich beschränkte Widerstand erhielt eine wachsende Wendung ins Politische, als die Partei die Forderungen der literarischen Intelligenz mit Repressionen beantwortete. Die eigentliche Geburtsstunde der Bürgerrechtsbewegung aber war der Prozeß gegen die Schriftsteller *Julij Daniel* und *Andrej Sinjawskij*, die 1966 zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Erstmals kam es daraufhin zu einer offenen Welle des Protests, die eine Kettenreaktion neuer Prozesse und weiterer Proteste aus breiteren Bevölkerungsschichten nach sich zog.

Neben der „Kulturopposition“ der fünfziger und frühen sechziger Jahre war es die von der Parteiführung unter Chruschtschow selbst in Gang gesetzte Kritik am Stalinismus, die der Bürgerrechtsbewegung eine relativ breite Ausgangsposition verschaffte. Die offiziell proklamierte „Entstalinisierung“, die ein starkes Echo in allen Schichten der sowjetischen Gesellschaft ausgelöst hatte, wurde gestoppt, als sie sich der Kontrolle der Partei zu entziehen begann, als nämlich die Intellektuellen eine vollständige Abkehr von Stalin forderten, die sich nicht nur auf die Verurteilung des „Personenkultes“, auf Teilrehabilitierungen und auf eine Verringerung des administrativen Drucks beschränkte. Sie verlangten sichere Garantien gegen eine mögliche Rückkehr zum Massenterror, das heißt Sicherungen, die faktisch alle Erscheinungen polizeistaatlicher Willkür beseitigen sollten. Hierzu war die Partei nicht bereit und ohne Aufgabe ihrer unumschränkten Machtposition auch gar nicht in der Lage. Dem Sturz Chruschtschows folgte bald auch das Ende der „Entstalinisierung“, die neuen Parteiführer erklärten die Vergangenheit für „bewältigt“ und brachen jede öffentliche Diskussion darum ab.

Kampf gegen die Furcht

„Oft fragt man mich nach den Aussichten für einen Wandel in diesem Land, was wir uns von unserer Tätigkeit erhoffen, wieviele uns unterstützen. Diese Fragen sind verständlich und gerechtfertigt. Doch sie sind sehr schwer zu beantworten. Sie müssen vor allem verstehen, was das Wesen unseres Kampfes ist: es ist in meinen Augen der Kampf gegen Furcht, gegen die Furcht, die die Menschen seit der Zeit Stalins gepackt hat, die sie noch nicht verlassen hat und der es zuzuschreiben ist, daß das System von Diktatur, Druck und Unterdrückung weiterhin besteht. Auf den Kampf gegen die Furcht konzentrieren wir unsere größten Anstrengungen, und in diesem Kampf kommt dem persönlichen Beispiel große Bedeutung zu, dem Beispiel, das wir den Menschen geben.“

Wladimir Bukowskij in einem Interview vom 28. Juli 1970. W. Bukowskij, Schriftsteller, kämpfte besonders gegen die Zwangsbehandlung oppositioneller Sowjetbürger in Nervenheilstätten. Im Januar 1972 zu zwölf Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Quelle: J. J. Marie (Hrsg.), *Opposition - eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion?*, München 1971, S. 193.

Kommunisten, vorwärts!

„Kommunisten aller Länder, Kommunisten der Sowjet-Union! Ihr dient *einem* Herrn und *einem* Befehlshaber - dem Volk. Das Volk aber besteht aus lebendigen Menschen, aus konkreten Schicksalen. Wenn Menschenrechte verletzt werden, und dies noch im Namen des Sozialismus, im Namen des Marxismus, dann kann es nicht zweierlei Meinung geben. Dann müssen Euer Gewissen und Eure Ehre Euch befehlen: Kommunisten vorwärts! Kommunisten, vorwärts!

Vor allem ist es für die Sowjetmacht selbst gefährlich, wenn man Menschen um ihrer Überzeugung willen der Freiheit beraubt, denn so wird es nicht lange dauern, bis auch sie der Freiheit beraubt ist.

Die Mächtigen dieser Welt sind stark, weil wir auf unseren Knien liegen. Erheben wir uns!“

Iwan A. Jachimowitsch, 24. März 1969, Kolchospräsident, 1969-1971 in einer psychiatrischen Klinik interniert. Quelle: *Der Spiegel*, 28. April 1969.

Aber damit sich abzufinden, war ein großer Teil der Intelligenz nicht mehr bereit. Der Hauch von Freiheit hatte ausgereicht, um längst erstorben geglaubte Impulse neu zu wecken. Der Geist des Widerstandes breitete sich aus, der „Prozeß der Selbstbefreiung“ nahm seinen Anfang.

Auch Menschen, die der Partei grundsätzlich loyal gegenüberstanden, gerieten nun in Konflikt mit den Machthabern. In diese Kategorie gehört beispielsweise der Historiker *Roy Medwedew*. Innerhalb der in ihren weltanschaulichen und politischen Vorstellungen keineswegs homogenen Bürgerrechtsbewegung ist Roy Medwedew ein Vertreter der marxistischen „Fraktion“. Roy Medwedew ist vor allem auf Grund einer umfassenden Arbeit über den Stalinismus auch im Ausland bekannt geworden. Er kritisiert Irrtümer und Unvollkommenheiten des Sowjetsystems, glaubt jedoch, daß die Möglichkeit zur Wandlung, zu einer demokratischen und humanen Ordnung in diesem System liege. Die von Roy Medwedew vertretene „Linke“ innerhalb der „demokratischen Bewegung“ hat in den letzten Jahren rapide an Boden verloren. Ihre Ideen sind in der heutigen sowjetischen Gesellschaft so diskreditiert, daß dort auch das reformkommunistische Prager Modell von 1968 kaum mehr eine Zukunft haben könnte.

Nach den im Westen üblichen Kategorien läßt sich kaum einer der sowjetischen „Andersdenkenden“ auf ein festumrissenes gesellschafts- oder wirtschaftspolitisches Konzept festlegen. Die überwiegende Mehrheit tritt heute für die parlamentarische Demokratie ein und kämpft für jene traditionellen bürgerlichen Freiheiten, die im Westen vielerorts in Frage gestellt werden.

Die Menschenrechte verteidigen

„Die Initiativgruppe besteht aus Menschen, die durch bestimmte gemeinsame Ansichten miteinander verbunden sind. Wir alle - Gläubige und Ungläubige, Optimisten und Skeptiker, Menschen kommunistischer und nicht-kommunistischer Weltanschauung - wir alle sind vereint durch das Gefühl persönlicher Verantwortung für das, was in unserem Lande geschieht, durch die Überzeugung, daß die Anerkennung des absoluten Wertes der menschlichen Person die Grundlage eines normalen Lebens der menschlichen Gesellschaft ist. Darauf gründet sich unser Bestreben, die Menschenrechte zu verteidigen. Den sozialen Fortschritt verstehen wir vor allem als Fortschritt der Freiheit. Gemeinsam ist uns auch die Absicht, offen, im Geiste der Legalität zu handeln, ungeachtet dessen, wie unsere innere Einstellung zu bestimmten Gesetzen sein mag.“

„Initiativgruppe zum Schutz der Bürgerrechte in der UdSSR“, Mai 1970. Quelle: C. Gerstenmaier, *Die Stimme der Stummen*, Stuttgart 1971, S. 282.

Alexander Solschenizyn wiederum, der sich fraglos auf eine breite Gefolgschaft in der russischen Intelligenz stützen kann, plädiert - zumindest als Übergangslösung - für einen autoritären Rechtsstaat. Wie viele seiner heutigen Landsleute orientiert er sich auch an den Gedanken der geistigen Elite des vorrevolutionären Rußland. Den westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen steht Alexander Solschenizyn eher skeptisch gegenüber. Er mahnt

zu einer Rückbesinnung des russischen Volkes auf sich selbst, auf seine geistigen Traditionen, die von der Religion nicht zu trennen sind.

Andrej Sacharow, führender Atomphysiker und Gründer des „Komitees für Menschenrechte“, in mehr als nur der moralischen Zielrichtung mit *Alexander Solschenizyn* völlig eins, hat demgegenüber stärker den Anschluß an den Westen im Auge. Aus der Sicht des Naturwissenschaftlers geht es ihm mehr um den freien Austausch von Meinungen, Informationen und technischem Fortschritt.

Demokratisierung der Gesellschaft

„Ich kann, wie zuvor, nicht umhin, die großen wohltätigen Veränderungen zu würdigen (die sozialen, die kulturellen, die wirtschaftlichen), die unser Land in den vergangenen 50 Jahren erfahren hat, wobei ich mir jedoch bewußt bin, daß es analoge Veränderungen in vielen Ländern gegeben hat und daß sie Erscheinungen des weltweiten Fortschritts sind.

Ich bin, wie zuvor, der Ansicht, daß die Überwindung der tragischen Widersprüche und Gefahren unserer Epoche nur auf dem Wege der Annäherung möglich ist, dadurch, daß das kapitalistische und das sozialistische System, einander näherkommend, abgewandelt werden. In den kapitalistischen Ländern müßte dieser Prozeß von einer weiteren Verstärkung der Elemente des sozialen Schutzes der Rechte der Werktätigen, einer Abnahme des Militarismus und seines Einflusses auf das politische Leben begleitet werden. In den sozialistischen Ländern ist ein Rückgang der Militarisierung der Wirtschaft und der messianischen Ideologie ebenso notwendig; lebensnotwendig ist ein Rückgang der extremsten Erscheinungen des Zentralismus und des parteistaatlichen bürokratischen Monopols sowohl auf dem wirtschaftlichen Gebiet der Produktion und des Konsums wie auf dem Gebiet der Ideologie und der Kultur.

Ich messe, wie zuvor, der Demokratisierung der Gesellschaft, der Entwicklung der Transparenz, der Gesetzlichkeit und der Wahrung der Grundrechte des Menschen entscheidende Bedeutung bei.

Ich hoffe, wie zuvor, auf eine Evolution der Gesellschaft in dieser Richtung unter dem Einfluß des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts, obwohl meine Prognosen zurückhaltender geworden sind.

Es scheint mir heute in stärkerem Maße als früher, daß die einzig wahre Garantie für die Wahrung der menschlichen Werte im Chaos der beeinflussbaren Veränderungen und tragischen Erschütterungen in der Gedankenfreiheit des Menschen, in seinem moralischen Streben zum Guten liegen.“

Aus: Andrej Sacharow, Nachwort zum Memorandum, Juni 1972. Quelle: Die Zeit, 21. Juli 1972.

Beide, *Alexander Solschenizyn* und *Andrej Sacharow*, haben in der russischen Freiheitsbewegung die unbestritten höchste Autorität. Die Themen Alexander Solschenizyns sind die Themen, die Rußlands geistige Schicht heute am meisten bewegen: Gerechtigkeit, menschliche Würde, die Religion und Rußland. In Andrej Sacharow verehren Hunderttausende seiner Landsleute nicht nur einen der bedeutendsten russischen Gelehrten, sondern auch ihren von selbstloser Menschlichkeit erfüllten Fürsprecher.

Der um *Alexander Solschenizyns* „Offener Brief an die sowjetische Führung“ entstandenen Diskussion zwischen dem Dichter und dem Wissenschaftler, in die sich inzwischen weitere Partner eingeschaltet haben, kommt größte Bedeutung zu. Sie ist der Neubeginn einer konstruktiven Auseinandersetzung um fundamentale Fragen unserer Zeit auf höchstem Niveau. Es ist eine Diskussion, wie es sie - auf dieser Ebene - in Rußland seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Sie steht über den bisherigen programmatischen Schriften, die vorwiegend in den Jahren 1968-1970 innerhalb der „Dissidenten“-Gruppen laut geworden sind. Unter diesen früheren, zum Teil recht bemerkenswerten Schriften nimmt neben *Andrej Sacharows* ersten drei politischen Memoranden *Andrej Amalriks* Analyse der sowjetischen Gesellschaft („Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“) einen besonderen Platz ein, ragen Arbeiten wie *Roy Medwedews* „Buch über die sozialistische Demokratie“ (deutsch: Sowjetbürger in Opposition) ebenso hervor wie der Essay von *S. Sorin* und *N. Alexeew* „Die Zeit wartet nicht“ und das „Programm der Demokraten“, ein auf den Grundlagen der parlamentarischen Demokratie basierender Verfassungsentwurf, dessen Autoren freilich anonym geblieben sind.

Die Zukunft Rußlands und die Zukunft der Welt

Alexander Solschenizyn

„Der ganze ‚unendliche Fortschritt‘ hat sich als sinnloser krampfhafter, nicht zu Ende gedachter Vorstoß der Menschheit in eine Sackgasse erwiesen. Die gierige Zivilisation des ‚ewigen Fortschritts‘ ist zusammengebrochen und geht ihrem Ende zu.

Und keine ‚Konvergenz‘ mit der westlichen Welt wartet auf uns, sondern - vollständige Erneuerung und Umwandlung sowohl des Westens als auch des Ostens, da beide in der Sackgasse sind...

Die Bedürfnisse der *inneren* Entwicklung sind für uns als Volk unvergleichlich wichtiger als die Bedürfnisse der *äußeren* Machtentfaltung. Die ganze Weltgeschichte zeigt, daß Völker, die Imperien geschaffen haben, immer geistige Nachteile in Kauf nahmen. Die Ziele eines großen Imperiums und die moralische Gesundheit eines Volkes sind unvereinbar. Auch wir sollten nicht wagen, internationale Aufgaben zu erfinden und dafür zu zahlen, solange unser Volk sich in einer derartigen ethischen Armut befindet...

Die Ideologie, die uns als Erbteil zukam, ist nicht nur gebrechlich, ist nicht nur hoffnungslos veraltet, sondern sie hat sich auch in ihren besten Jahrzehnten in allen ihren Voraussagen geirrt... Diese Ideologie, die unsere Lage nach außen hin zum schärfsten Konflikt führt, hat schon seit langem aufgehört, uns im Inneren zu helfen... Gegenwärtig wird *nichts* im Lande *konstruktiv* durch sie *gehalten*; das ist eine falsche Theatersäule aus Pappmaché, nimmt man sie weg, stürzt nichts ein, gerät nichts ins Wanken...

Ich selbst sehe heute keine andere lebendige geistige Kraft als die christliche, die die geistige Heilung Rußlands übernehmen könnte...

... vielleicht ist Rußland für eine übersehbare Zukunft, ob wir das wollen oder nicht, ob es ihm so vorherbestimmt ist oder nicht, zu einer autoritären Struktur verurteilt? Vielleicht ist es heute nur dafür reif? ... Alles hängt davon ab, *welcher Art* die autoritäre Struktur ist, die uns auch weiterhin erwartet...”

Aus: „Offener Brief an die sowjetische Führung“, September 1973. Quelle: Sammlung Luchterhand 178, Darmstadt 1974, S.21f, 41f, 46, 52.

Andrej Sacharow

„Im Unterschied zu Solschenizyn bin ich zutiefst überzeugt, daß es kein einziges Schlüsselproblem von Bedeutung gibt, das allein im nationalen Maßstab gelöst werden kann... Zusammengefaßt heißt das, daß nur im globalen Rahmen die Ausarbeitung und Verwirklichung einer Entwicklungsstrategie für die menschliche Gesellschaft der Erde möglich ist, die das Überleben der Menschheit erlaubt...

Solschenizyns Programm enthält mehr Mythen als konkrete Pläne für unsere Zukunft. Doch ist die Schaffung von Mythen nicht immer harmlos, besonders im zwanzigsten Jahrhundert, das nach ihnen zu dürsten scheint. Der Mythos von einer ‚Kläranlage‘ für das russische Volk könnte sich in eine Tragödie verwandeln...

Ich bin überzeugt, daß der demokratische Weg der Entwicklung der einzige ist, der Vorteile für jedes Land bietet. Den sklavischen Untertanengeist, der in Rußland durch Jahrhunderte geherrscht hat, verbunden mit Ausländerhaß und Intoleranz gegenüber nicht-russischen Völkern und Andersgläubigen, betrachte ich als das größte Übel und nicht als nationale Gesundheit. Nur unter demokratischen Verhältnissen kann sich ein nationaler Charakter ausbilden, der zu einer vernünftigen Koexistenz mit einer immer komplizierter werdenden Welt fähig ist...

Aus: Antwort A. Sacharows auf den „Offenen Brief“. Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 5. Mai 1974.

Roy Medwedew

„Die Sowjetgesellschaft ist nicht ohne Widersprüche - sie sind das Grundstimulans ihrer Entwicklung. Wir glauben, daß gegenwärtig dieser Grundwiderspruch im wachsenden Mißverhältnis zwischen den Forderungen eines raschen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritts einerseits und dem bürokratisierten System der Verwaltung aller Zweige des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens andererseits besteht...

Eine raschere Entwicklung unseres Landes ist nicht möglich ohne eine vernünftige Dezentralisierung der Verwaltung ... ohne freie Diskussionen über alle Fragen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, mit einem Wort, ohne die Demokratisierung der Gesellschaft.

Ist die gegenwärtige Führung zu solchen Reformen fähig? Werden sie in einer überschaubaren Zukunft durchgeführt? Ich hoffe weiter darauf. Tatsächlich ändert sich die Politik ‚da oben‘ gegenwärtig, obwohl das alles nur zu langsam und inkonsequent geschieht. Ich hoffe auch auf die Stärkung der demokratischen Bewegungen verschiedener Couleur. Ich schließe dabei nicht die Möglichkeit aus, daß eine neue sozialistische Partei auf unserer politischen Bühne erscheint... Eine solche neue sozialistische Partei könnte eine loyale und legale Opposition zu der jetzigen Leitung bilden und zur Erneuerung und Gesundung der KPdSU beitragen...

Aus: Antwort R. Medwedews auf den „Offenen Brief“. Quelle: Der Spiegel, 9. September 1974.

Insbesondere in den Jahren 1964-1967 zirkulierten unter der Hand die Vorschläge einzelner Gruppen, die sich damals zumeist in Kreisen von Studenten und Wissenschaftlern gebildet hatten. Diese Gruppen wirkten meist konspirativ im Untergrund und unterschieden sich somit zumindest in der Taktik von der Bürgerrechtsbewegung, die das Streben nach Öffentlichkeit als ein grundlegendes Prinzip ansieht und sich bewußt auf dem Boden der Verfassung bewegt. Die Mitglieder von wenigstens sechs Untergrundgruppen wurden in den Jahren 1956 bis 1968 zu teilweise hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Die bedeutendsten waren die marxistische „Gruppe Kolokol“ und der „Allrussische Verband christlicher Sozialisten“, der sich auf ein antikommunistisches Programm stützte.

Ergänzend sei hier noch auf slawophil-inspirierte, bisweilen extrem nationalistische Gruppen hingewiesen, deren Ansichten zum Beispiel in dem Manifest „Das Wort der Nation“ skizziert sind. Der Standpunkt dieser Gruppen deckt sich in vielen Punkten mit der offiziellen Russifizierungspolitik. Dies ist fraglos einer der Gründe, weshalb diese Gruppen vergleichsweise geringen administrativen Repressionen ausgesetzt sind.

Im Unterschied zur Bürgerrechtsbewegung und den hier genannten Untergrundgruppen haben die religiösen und nationalen Protestbewegungen auch die unteren sozialen Schichten erreicht und damit zum Teil fast Masseneigenschaften angenommen. Obgleich der religiöse und nationale Widerstand oft andere historische Wurzeln hat und eigene enger gesteckte Ziele, sind die Grenzen zur „demokratischen Bewegung“ mitunter durchaus fließend, geht es dabei doch um die Rechte persönlicher Selbstverwirklichung und kultureller Identität.

Dies gilt vor allem für den religiösen Bereich. Im Falle der *litauischen Katholiken* und der *burjatischen Buddhisten* läßt sich die religiöse Verfolgung oft nur schwer von der nationalen Unterdrückung abgrenzen. In Litauen hat sich der Kampf um nationale Selbstverwirklichung in den letzten vier Jahren wieder deutlich zugespitzt.

In der *Ukraine* ist dieser Kampf weniger noch als anderswo zum Stillstand gekommen. Dort ist heute aber zwischen wenigstens zwei Richtungen des nationalen Widerstandes zu unterscheiden: zwischen ausgesprochenen Separatistengruppen und jenen, die im Rahmen verfassungsmäßiger Zusagen ein ukrainisches Nationalbewußtsein lebendig zu halten suchen. Letztere, zu deren Wortführern der Historiker *Valentin Moroz* gehört - er verbüßt gegenwärtig eine dreizehnjährige Freiheitsstrafe -, vertreten im wesentlichen auch die Ziele der russischen Bürgerrechtsbewegung. So sind die Berührungspunkte zwischen einem Teil der nationalbewußten Ukrainer und der russischen Patrioten aus der Bürgerrechtsbewegung besonders eng, und nicht umsonst erreichte 1972/73 eine massive Welle polizeilicher Verfolgung Kiew und andere ukrainische Städte gerade zu der Zeit, als die sowjetischen Behörden den Kampf gegen die Bürgerrechtsbewegung rigoros verschärften.

Das Element der Opferbereitschaft

„Ihr wolltet die Leute in den mordowischen Wäldern verstecken, - habt sie indessen in eine große Arena gestellt und sie sind der ganzen Welt sichtbar geworden... Ihr habt in die ukrainische Wiedergeburtbewegung der nachstalinistischen Zeit das hineingetragen, was sie hat reifen lassen: Ihr habt das Element der Opferbereitschaft in sie hineingetragen. Der Glaube entsteht nur dann, wenn es Märtyrer gibt. Diese habt ihr uns gegeben... Was ist geschehen? Warum haben die Repressionen nicht die übliche Wirkung? Warum sind die erprobten Waffen ein Bumerang geworden? Die Zeit hat sich geändert - das ist die einzige Antwort. Stalin besaß genügend Wasser, um das Feuer zu löschen. Ihr aber befindet euch in einer vollkommen anderen Situation. Für euch traf es sich, in einer Zeit zu leben, wo die Reserven ausgeschöpft sind.“

Valentin Moroz, Verteidigungsrede vor dem Gericht, November 1970. Quelle: epd Dokumentation 3/72 vom 24. Januar 1972, S. 3f.

Geringere Verbindungen - soweit überhaupt welche - bestehen zu den Vertretern anderer nationaler Minderheiten (mit Ausnahme der jüdischen), obgleich sich die Bürgerrechtler auch für deren Rechte immer wieder einsetzen. Dies gilt im besonderen für die 1944 nach Zentralasien deportierten *Krimtataren*, die seit Jahren für ihre Rückkehr auf die Krim kämpfen und deren Sache vor allem der frühere General *Piotr Grigorenko* vertrat. Ähnliches gilt für die gleichfalls 1944 deportierte Volksgruppe der *Mescheten* und anderer kleiner kaukasischer Völkerschaften, sowie - neuerdings - auch für die *deutsche Minderheit*. Immer mehr Angehörige dieser fast zwei Millionen zählenden Volksgruppe, die ebenfalls 1944 nach Mittelasien verschleppt worden war, bemühen sich um die Ausreise in die Bundesrepublik, wobei etliche ihre Forderung mit Protesten, die bis zu Demonstrationen reichen, zu unterstreichen suchen. Im übrigen seien die zum Teil heftigen nationalen Bestrebungen in anderen sowjetischen Völkerschaften erwähnt. Vor allem in *Estland, Lettland, Georgien, Armenien* und in den zentralasiatischen Republiken *Usbekistan* und *Kirgisien* kommt es zu oftmals schweren Zusammenstößen zwischen der einheimischen Bevölkerung und Vertretern der Moskauer Zentralgewalt.

Der Status der *jüdischen Minderheit* ist schon insofern ein besonderer, als hier eine Minorität zwar als Nationalität geführt wird, mit allen daraus erwachsenden Nachteilen, ohne dabei jedoch über ein eigenes Territorium zu verfügen. Zur nationalen kommt außerdem die religiöse Besonderheit. Seit Ende der vierziger Jahre sind die sowjetischen Juden immer häufiger schweren Diskriminierungen und Bedrohungen ausgesetzt worden. In dem Maße, wie sich die Beziehungen zwischen Israel und der UdSSR verschlechterten, wuchsen die Repressionen gegenüber jüdischen Sowjetbürgern. So wurde den Juden die von ihnen oft selbst gewünschte Assimilation erschwert. Schon seit den dreißiger Jahren ist einer größeren Zahl sowjetischer Juden die

Auswanderung nach Palästina geglückt. Aber der derzeitige Massenexodus der noch vor kurzem drei Millionen starken Minderheit hat seinen Ursprung im Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges von 1967, als sich ein großer Teil des sowjetischen Judentums stärker denn je seiner Verbundenheit mit dem bedrängten jüdischen Staat bewußt wurde.

So begann sich in der Sowjetunion eine neue zionistische Bewegung zu formieren, deren Entstehung auch von einer religiösen Erneuerung begleitet war. Vornehmlich die Synagogen wurden Treffpunkte von Menschen, die den jüdischen Traditionen gemäß leben wollten, was ihnen nur in Israel gewährleistet schien.

Kumm ahejm, du bist mein Kind!

„Gläubt mir, ich bin nicht mehr, was ich bin gewejn,
und meine Brüder lossen sich nicht schächten mehr,
ich bin noch bei meinem Leben lang ersehent,
entschuldigt mir, nur das ist mein Begehr.
Genug gewejn schon einmal Babi Jar,
ich hab kimat (*fast*) vergessen jene schwarze Täg,
dermahnt mich und ich dank Euch sehr dafar,
ich wejss schon gut, wo's führt mein langer Weg.
Ich wejss, Ihr alle steht herum und lacht,
und tracht, daß mein Gedank ist nur Sünd',
doch scheint für mich Jisroel mit a Pracht,
und ruft mich: kumm ahejm, du bist mein Kind!“

Aus einem jüdisch-jiddischen Protestlied aus der Sowjetunion. Quelle: R. W. Schloss, Laß mein Volk ziehen, München und Wien 1971, S. 163.

Es begann ein mühsamer, gefahren- und oft opferreicher Kampf um das Recht auf Ausreise, unterstützt durch intensive internationale, vor allem amerikanische Bemühungen. Zu Beginn des Jahres 1971 setzte der eigentliche Auszug nach Israel ein, und annähernd hunderttausend sowjetischen Juden ist in den vergangenen vier Jahren die Ausreise geglückt.

Anders als im Fall der verschiedenen Untergrundgruppen haben die Behörden die Bürgerrechtsbewegung bisher nicht zu zerschlagen vermocht. Die Samisdat-Zeitschrift „*Chronik der laufenden Ereignisse*“, das berühmte Nachrichtenorgan der „demokratischen Bewegung“, begann nach einer erzwungenen Unterbrechung von achtzehn Monaten im Mai 1974 von neuem zu erscheinen. Um die „Chronik“ zu unterdrücken, hatte die Sowjetführung vor zwei Jahren die größte Polizeiaktion seit Stalin inszeniert. Die Folgen, die die Veröffentlichung von *Alexander Solschenizyns „Archipel GULag“* in der Sowjetunion haben wird, sind vorerst nicht zu ermessen. Die Schriftstellerin *Lydia Tschukowskaja* hat das Erscheinen dieses Werkes als das wichtigste Ereignis für Rußland seit dem Tode Stalins bezeichnet.

Gleichzeitig beginnen die im „GULag“ geschilderten Methoden - die Wirklichkeit der Konzentrationslager hatte sich ohnehin nie geändert - wieder aufzuleben. Foltern in Gefängnispsychiatrien und bei Verhören, erzwungene Geständnisse nie begangener Taten, der Druck auf die Geistesschaffenden, die zu Denunziation und öffentlichen Anklagen von Kollegen erniedrigt werden - dies alles sind Praktiken, die man überwunden glaubte. Eine zunehmend angewandte Methode, Dissidenten loszuwerden, ist die Ausweisung aus der Sowjetunion. So sind in letzter Zeit *Alexander Solschenizyn*, *Wladimir Maximow*, *Andrej Sinjawschij* und der religiöse Schriftsteller *Anatolij Levitin-Krasnow* in den Westen gekommen.

Inzwischen haben einige der im Westen lebenden Kritiker des Sowjetsystems die russisch-deutsche Zeitschrift „*Kontinent*“ begründet. Die Zeitschrift, deren Redakteur *Wladimir Maximow* ist, will die Stimme der emigrierten Opposition zu Gehör bringen, stößt aber auch auf heftige Kritik, da sie sich mit „reaktionären Kräften“ verbünde.

Die Umstände in der Sowjetunion bringen mit sich, daß die Bürgerrechtler bisher keine Basis in der breiten Masse der Bevölkerung finden konnten, zumal es fraglich ist, wieweit dieser, bei dem herrschenden System der Absicherung und Informationssperre, das Vorhandensein jener „Andersdenkenden“ überhaupt bewußt geworden ist. Da sie vornehmlich der Intelligenzschicht entstammen, haben sie deren Interessen bisher am klarsten artikulieren können. Sie appellieren deshalb weniger an die Arbeiter und Bauern mit ihren besonderen Nöten. Dennoch ist die „demokratische Bewegung“ auch von Arbeitern und vereinzelt sogar aus Kreisen der Armee aktiv unterstützt worden; einer ihrer bedeutendsten Köpfe ist der kürzlich nach fünfjähriger Haft freigekommene frühere General *Pjotr Grigorenko*.

Unter den Bedingungen eines totalitären Regimes, in dem mit Kritik nur diejenigen in Erscheinung treten, die zu höchsten persönlichen Opfern bereit sind, läßt sich die Frage nach der zahlenmäßigen Stärke der „Andersdenkenden“, vor allem nach denjenigen, die sie insgeheim unterstützen, nicht stellen. Gewiß macht diese Protestbewegung - gemessen an der übrigen Bevölkerung - nur eine kleine Minderheit aus. Aber es ist eine Minderheit, durch die sich das Regime offenbar so bedroht fühlt, daß es eine immense polizeiliche und propagandistische Maschinerie gegen sie eingesetzt hat. Gegen Menschen, von denen der polnische Philosoph *Leszek Kolakowski* sagt, daß ihre „einzige Waffe der ungebrochene Wille ist, Zeugen der Wahrheit in den Zeiten der großen Lüge zu sein“.

Cornelia Gerstenmaier

IV Der Kampf für die Glaubensfreiheit

1. Überblick

Nach strenger marxistisch-leninistischer Lehre dürfte es heute, in der dritten Generation nach der sozialistischen Revolution, die „religiösen Vorurteile“, jene „Überbleibsel aus der Vergangenheit“ der bürgerlichen Gesellschaft, überhaupt nicht mehr geben. Indes erwies sich die totalitäre Durchsetzung der atheistischen Ideologie, von Stalin in den dreißiger Jahren praktiziert, während des Zweiten Weltkriegs im Interesse nationaler Einheit und Widerstandskraft suspendiert, unter Chruschtschow durch administrativen Terror wiedererweckt, als undurchführbar.

Heute sind die Kirchen und religiösen Gemeinschaften in der Sowjetunion zwar schweren Repressionen unterworfen, werden aber als Randerscheinungen der Gesellschaft geduldet. „Sie sind die einzigen Institutionen“, so urteilt der Osteuropaexperte Gerhard Simon, „die offen ihre Ablehnung wesentlicher Teile des Marxismus-Leninismus äußern dürfen, und stellen damit eine geistige und kulturelle Opposition dar, die zwar keine politische, aber eine weltanschauliche Alternative zu bieten hat. Damit ist eine der Hauptanziehungskräfte der Glaubensgemeinschaften in den kommunistisch regierten Ländern umschrieben.“ So ist zweifellos die Erneuerungsbewegung in der russisch-orthodoxen Kirche, die heute viele Beobachter konstatieren, zum Teil auf diese Funktion zurückzuführen, daß sie die einzig verfügbare, halbwegs „legale“ Alternative zu der allgegenwärtigen, aber unglaubwürdig gewordenen Parteiideologie darstellt.

Die „Breschnew-Linie“, die die sowjetische Politik ganz allgemein bestimmt - Entspannung nach außen bei verschärftem Kurs nach innen -, entscheidet auch über die Möglichkeiten, die den religiösen Gemeinschaften heute in der Sowjetunion gegeben sind. Die Welle der Verfolgungen, die unter Chruschtschow etwa von 1959 bis 1964 die Kirchen getroffen haben und die zum Beispiel den Bestand der orthodoxen Kirche um die Hälfte reduziert haben, ist vorüber. Trotzdem sind viele der restriktiven Gesetze und Bestimmungen, die damals in Kraft traten, bis heute gültig. Sie beschneiden die Bewegungsfreiheit der Gläubigen ganz empfindlich und bieten jederzeit dem Regime die Möglichkeit administrativen Einschreitens.

Ein besonderes Kennzeichen dieser Situation ist, daß die legalen Kirchenleitungen zwar einen relativ weiten Spielraum haben. Der Preis: sie haben, vor allem nach außen, ihr Soll in der Unterstützung der sowjetischen Ziele zu erfüllen. Die Gemeinden selbst jedoch und die einzelnen Gläubigen - also die „Basis“ - sind erheblichem Druck ausgesetzt. Das führt oft zur Entfremdung zwischen Hierarchie und Kirchenvolk und zu einer Opposition innerhalb der Religionsgemeinschaften, die sich gegen die ständige Einmischung staatlicher Stellen in das Leben der Kirche, zugleich aber auch gegen die allzu nachgiebige Haltung der kirchlichen Oberen wendet. *Alexander Solschenizyns* „Fastenbrief“ an den *Patriarchen Pimen* von Ostern 1972 ist das bekannteste Beispiel dieser innerkirchlichen Opposition.

Im Einklang mit den Idealen des Evangeliums

„Die durchgreifende Revolution führte zu grundlegender Umgestaltung im Leben der Gesellschaft. Sie ließ die Träume vieler Generationen Wirklichkeit werden. Sie machte alle natürlichen Reichtümer des „Landes und die Produktionsmittel zum Eigentum des Volkes. Sie wandelte das Wesen der menschlichen Beziehungen von Grund auf, nachdem alle unsere Bürger untereinander gleichberechtigt geworden und aus unserer Gesellschaft jedwede Möglichkeit der Feindschaft zwischen Menschen verschiedener Rasse und Nationalität, unterschiedlicher Überzeugung, Glaubenshaltung und sozialen Standes verbannt worden war...

Da die Oktoberrevolution die wesentlichen Züge im Leben unseres Volkes erneuerte, wurde sie auch eine Triebkraft für die nationale Befreiungsbewegung; wir empfinden mit allen unseren Landsleuten eine tiefe Genugtuung darüber, daß all dieses Beginnen, welches im Einklang steht mit den Idealen des Evangeliums, in unseren Tagen in zunehmendem Maße Verständnis und Unterstützung durch breite Kreise von gläubigen Menschen in vielen Ländern der Welt findet.“

Aus der „Botschaft des hochheiligen Patriarchen und des Heiligen Synods zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“. Quelle: „Glaube in der 2. Welt“, Sept. 1973, Nr. 9 (3 Q 73) S. 4f.

Die grundsätzliche Einstellung der sowjetischen Ideologie gegenüber der Religion ist nach wie vor unversöhnliche Feindschaft. Im Zeichen des „ideologischen Krieges“ (vgl. oben S. 4) sind die Attacken des „militanten Atheismus“ sogar schriller und schärfer geworden. Dieser Begriff wird wieder häufiger verwendet:

„Militant - das heißt: fest auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Philosophie stehen, kein Ereignis und keine Erscheinung im ideologischen Bereich anders beurteilen als wie es der Partei angemessen erscheint ... militant - das bedeutet den ständigen, täglich zu führenden Kampf an der ideologischen Front, den Widerstand gegenüber jeglichen Intrigen der Befürworter und Bekenner einer religiösen Weltanschauung, den Kampf zur Befreiung der menschlichen Vernunft von der Belastung religiöser Vorurteile (Woprosy naučnogo ateisma, Moskau 1971, Nr. 12).

Dieser kämpferischen Ideologie und ihrer praktischen Umsetzung gegenüber formiert sich der Widerstand der Gläubigen. Er beruft sich auf die Menschenrechte und ihre Garantie der Gewissens- und Redefreiheit, die theoretisch - das heißt nach dem Buchstaben der Verfassung - jedem Bürger der Sowjetunion zugesichert ist. Dieser Kampf für die Glaubensstoleranz verbindet die religiösen Gruppen mit der „demokratischen Bewegung“ der Bürgerrechtler (vgl. oben S. 11). Diese ist nicht denkbar ohne das geistige und persönliche Engagement gläubiger Menschen, und umgekehrt ist Religionsfreiheit eines der wichtigsten Ziele in den Programmen und Aktionen der „Andersdenkenden“.

Die Forderung der Glaubensfreiheit wird allerdings von den Kirchen und Konfessionen mit unterschiedlicher Konsequenz vertreten. Am entschiedensten kämpft jener Flügel der Baptisten, der sich während der

Verfolgungswelle unter Chruschtschow vom staatlich anerkannten baptistischen Allunionsrat lossagte und in die Illegalität ging. Er ist zu keinen Kompromissen bereit, und seine Mitglieder sind deshalb den schärfsten Pressionen ausgesetzt. Am weitesten gibt naturgemäß die Hierarchie der orthodoxen Kirche den Ansprüchen des Regimes nach. Sie versucht, sich den Realitäten anzupassen und auf diese Weise den Gläubigen wenigstens einen gewissen Lebensraum zu erhalten. Zwischen diesen beiden Positionen von Widerstand und Kompromiß gibt es, je nach Überzeugung, Mut und Opferbereitschaft des einzelnen, zahlreiche Varianten in den vielseitigen Konflikten zwischen Sowjetführung, Kirchen und innerkirchlicher Opposition.

Der massive Schwund der Kirchen und der Kirchlichkeit geht indes keineswegs allein auf das Konto des ideologischen und administrativen Drucks. Vielmehr ist die Religion im Osten ebenso wie im Westen von dem Säkularisierungsprozeß betroffen, der im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Moderne alle Industriegesellschaften erfaßt hat. Allerdings hat darunter auch die „Quasi-Religion“ des Marxismus-Leninismus zu leiden. Nicht jeder, der die „religiösen Vorurteile“ ablegt, bekehrt sich zum militanten Atheisten. Die Parteiideologen führen bewegte Klage über das ideologische Desinteresse weiter Bevölkerungskreise. So scheint sich mit der industriellen Zivilisation eher eine auf materielles Wohlergehen bedachte weltanschauliche Gleichgültigkeit auszubreiten.

In den letzten Jahren erschienen in sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften immer wieder Hinweise auf ein wachsendes religiöses Interesse unter der Bevölkerung, und zwar auch bei jungen Menschen. Sicher handelt es sich vielfach mehr um das Festhalten an religiösen und volkstümlichen Traditionen, an Sitte und Brauch. Das gilt vor allem im Bereich der orthodoxen Kirche. Hier rächt es sich, daß die sowjetische Religionskritik nicht zu unterscheiden wußte zwischen einer tief im Volksbewußtsein verwurzelten Religiosität und der Religion als gesellschaftlich verfaßter Institution. Darüber hinaus aber scheinen immer häufiger die Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach dem Wert der menschlichen Persönlichkeit gestellt zu werden, auf die die Sowjetideologie die Antwort schuldig bleibt. So sprechen manche von den Dissidenten, aber auch westliche Beobachter, sogar von einer religiösen Erneuerung in der UdSSR.

Die Religion der Besten

„... Der Generation der jungen Intelligenz wird immer klarer, daß nicht die kapitalistische Anarchie der freien Wirtschaft, und auch nicht die gesellschaftliche Despotie des Kommunismus, sondern das schwer zu bestimmende Gleichgewicht zwischen persönlichem und gemeinschaftlichem Wollen für den gesellschaftlichen Alltag, für die menschlichen Beziehungen untereinander unerläßlich ist. Aber wer wird der Schiedsrichter zwischen der Regierung und dem Bürger, der Gesellschaft und der Einzelpersonlichkeit sein?

Die einen antworten: das Recht der freien Gesellschaft; die anderen: die Moral der christlichen Kirche. Deshalb ist es charakteristisch für die Kirche der UdSSR, daß, zusammen mit dem Abfall breitester Bevölkerungsschichten von ihr, ein bedeutender Teil der Intelligenz wieder in ihren Schoß zurückkehrt und zu ihr strömt. Das Christentum wird wieder, wie in seiner ersten Blütezeit, die Religion der Besten...“

Aus einem Samisdat-Text von 1970. Quelle: Religion und Atheismus in der UdSSR, München, Jan. 1972, S. 2.

Im Rahmen dieser Darstellung ist es nicht möglich, einen vollständigen Überblick über die religiösen Gemeinschaften zu geben. Auch die nichtchristlichen Religionen - besonders die große islamische Bevölkerungsgruppe sowie die Buddhisten - können nicht berücksichtigt werden. Vielmehr beschränken sich die beiden folgenden Beiträge auf die oben erwähnten grundsätzlichen Positionen: die Situation der orthodoxen Hierarchie wird als Beispiel einer verantwortlichen Kompromißhaltung geschildert, an den baptistischen Gruppen wird der religiöse Widerstand dargestellt.

Michael Mildenberger

2. Kompromiß: die orthodoxe Hierarchie

Wer die Situation der russisch-orthodoxen Geistlichkeit, besonders der kirchenleitenden Hierarchie analysiert, muß sich vor allem vor der Vorstellung hüten, die Schicksale der russischen Orthodoxie nach 1917 spielten sich auf dem Territorium eines Rechtsstaates ab. Auch wenn die Sowjetunion die äußeren Kennzeichen eines Rechtsstaates trägt - Verfassung, Gesetze, Rechtsprechung -, so prägt faktisch das „Recht des Stärkeren“, das heißt der Kommunistischen Partei und ihrer Führung, die Wirklichkeit. Auch die orthodoxe Kirche als gesellschaftliche Institution, repräsentiert in ihren Bischöfen, hat an dieser Wirklichkeit teil.

Zu dieser ersten Realität kommt eine zweite hinzu. Selbst nach dem Wortlaut der sowjetischen Gesetze haben die Hierarchen der russisch-orthodoxen Kirche gar kein Recht, gegen Maßnahmen der Regierung, die sich gegen einzelne Pfarrgemeinden richten, Einspruch zu erheben. Leitendes Organ der Gemeinden ist nicht der dem Bischof unterstellte Priester, sondern ein Pfarrgemeinderat, der sogenannte „Zwanzigerrat“. Diese Gremien sind nicht nur außerordentlich leicht von Außenseitern, oft Parteimitgliedern, zu unterwandern. Vielmehr können sie auch leicht von den Behörden gegen Priester und Hierarchie ausgespielt werden. Gesprächspartner ist für sie im Zweifelsfall, wenn sich ein Bischof für die Erhaltung der Kirchen oder die Belange der Gläubigen einsetzt, allein der Zwanzigerrat.

Natürlich spielt in solchen Entscheidungen, die oft im Ermessen der lokalen Verwaltung liegen, die Persönlichkeit des Bischofs eine Rolle. Genießt er großes Ansehen unter den Gläubigen seiner Diözese, so kann er viel erreichen: Aktivierung der Gemeinden und ihrer verantwortlichen Gruppen und damit einen relativen Schutz des kirchlichen Lebens. Im Ernstfall jedoch, wenn sich der Druck von oben entsprechend verschärft, wird auch persönlicher Einfluß nicht mehr viel nützen.

Die Möglichkeiten der Hierarchie, das kirchliche Leben in der orthodoxen Kirche zu bewahren oder gar zu mehren, sind also geringer, als man von außen annehmen würde. Und zwar gerade bei jenen Bischöfen, die bereit sind, die sowjetischen Gesetze zu respektieren - auch da, wo sie genau wissen, daß diese Gesetze von vornherein zum Schaden der Kirche geschaffen wurden und, je nach dem augenblicklichen Kurs der Partei, schärfer oder laxer angewandt werden.

Statistik der Russischen Orthodoxen Kirche

„Die folgenden Statistiken, aus offiziellen Quellen zusammengestellt, illustrieren den weiten Erfahrungsrahmen der Russischen Orthodoxen Kirche unter dem Kommunismus. Wie bei allen Statistiken, die aus der Sowjetunion kommen, kann ihre Genauigkeit im Detail nicht garantiert werden, sie sind aber brauchbar als Anzeige allgemeiner Trends.“

	1914	1939	1947-57	1962	1966	1973
Diözesen	73	?	73	73	73	73
Bischöfe im Diözesendienst	163	etwa 4	74	63	63	64
Gemeindegklerus	51 105	einige 100	etwa 20 000	14 000	10 000	?
Kirchen	54 174	einige 100	etwa 18 000	11 500	7500	7500
Klöster und Konvente	1025	keine	67	32	16	12-20
Mönche und Nonnen	94 629	?	etwa 10 000	5000	?	?
Kirchl. Akademien	4	keine	2	2	2	2
Theol. Seminare	57	keine	8	5	3	3
Theol. Vorschulen	185	*				
Gemeindeeigene Schulen	37 528	*				
Krankenhäuser	291	*				
Altersheime	1113	*				
Gemeinde-Bibliotheken	34 497	*				

*durch Gesetz verboten

Es gibt keine genauen Zahlen darüber, wie viele orthodoxe Christen heute zur Kirche gehen, wenn sie eine erreichen können, die offen ist. Aber informierte Beobachter schätzen gewöhnlich Zahlen zwischen 25 und 30 Millionen. Drei Spezialisten des ‚wissenschaftlichen Atheismus‘ aus Kiew veröffentlichten 1970 die Ergebnisse soziologischer Untersuchungen über die religiöse Praxis. Danach waren 15 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Gläubige. Die Verbreitung der Gläubigen variierte erheblich. In Bjelorußland zum Beispiel betrug die Anteile in den Städten 16 Prozent und 39 Prozent in den Dörfern. In der zentralrussischen Region von Orel reichte der Anteil in den Dörfern von 23 bis 33 Prozent...“

Quelle: Trevor Beeson „Discretion and Valour“, Glasgow 1974, S. 53 u. 77f.

Damit erhebt sich natürlich die entscheidende Frage, ob nicht die Geistlichkeit in Rußland und im besonderen der Episkopat unter solchen Umständen den Weg des Konflikts und Widerstandes gehen sollte. Muß sie nicht dem Grundsatz folgen „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“? Diese Frage ist innerhalb der orthodoxen Geistlichkeit und erst recht unter den Gläubigen heftig umstritten. Die ganze orthodoxe Tradition spricht für Loyalität dem Staat gegenüber, eine nachdrückliche innerkirchliche Opposition jedoch wirft den Bischöfen feiges Kompromißertum vor.

Wahrheit - Unwahrheit - Halbwahrheit. Eine Diskussion um die Kirche

Alexander Solschenizyn

„Vor den Menschen nicht und noch viel weniger im Gebet werden wir mit der List Erfolg haben, daß äußere Wirrnis stärker sei als unser Geist. Auch bei seiner Entstehung hatte es das Christentum nicht leichter, indessen hat es durchgehalten und ist aufgeblüht. Und es wies uns den Weg: das Opfer. Wer aller materiellen Kräfte beraubt ist, erlangt im Opfer immer den Sieg. Und eben so ein Martyrium, das der ersten Jahrhunderte würdig ist, haben viele unserer Geistlichen und Glaubensgenossen vor unseren Augen auf sich genommen. Damals übrigens warf man sie den Löwen vor, heute verliert man nur sein Lebensglück.

Wenn Sie in diesen Tagen vor dem Kreuze niederknien, das in die Mitte des Gotteshauses getragen worden ist, fragen Sie den Herrn: Welches andere Ziel könnte denn Ihr Dienst im Volke haben, das schon fast ganz den Geist des Christentums und das christliche Antlitz verloren hat?“

Aus dem „Fastenbrief an den allrussischen Patriarchen Pimen“, März 1972.

Priester Sergej Scheludkow

„Sie haben nicht die ganze Wahrheit gesagt, nur eine Halbwahrheit. Die ganze Wahrheit besteht darin, daß die legale kirchliche Organisation keine Insel der Freiheit in unserer streng einheitlich organisierten Gesellschaft, die von einem Zentrum aus geleitet wird, sein kann ... Es gibt ein streng einheitlich gelenktes System, und in ihm wird auf erstaunliche Weise ein ihm fremder Körper erhalten, die russische kirchliche Organisation. Sie besteht unter sehr streng festgelegten Bedingungen ... Nur eines ist uns erlaubt, in den Kirchen Gottesdienst zu halten, wobei unterstellt ist, daß dies nurmehr für die von uns gehende Generation bestimmt ist.

Was sollen wir denn in einer solchen Lage tun? Sollen wir sagen: Entweder alles oder gar nichts? Sollen wir versuchen, in den Untergrund zu gehen, der im vorliegenden System undenkbar ist? Oder soll man sich irgendwie ins System integrieren und vorläufig die Möglichkeiten nutzen, die erlaubt sind? Die russische Hierarchie hat die zweite Lösung getroffen. Davon rührt denn heute auch all das Böse, über das Sie richtig geschrieben haben. Doch eine andere Wahl gab es nicht ... Aber es gab ja auch noch gar, gar nie unsere vollkommen außergewöhnlichen Verhältnisse menschlicher Existenz.“

Aus dem Antwortbrief an Alexander Solschenizyn, April 1972.

Felix Karelin

„Der *Schriftsteller* Alexander Solschenizyn bejaht in völliger Übereinstimmung mit der *christlichen* Weltanschauung, daß der menschliche Geist, gestärkt durch die göttliche Gnade, stärker sei als alle äußeren Umstände. Der *Priester* Sergej Scheludkow dagegen besteht in völliger Übereinstimmung mit der *sozialistischen* Weltanschauung darauf, daß das gesellschaftliche Milieu stärker sei als der menschliche Geist und im Verhältnis zu diesem auch die ausschlaggebende Kraft darstelle... Das, was Sie als ganze Wahrheit ansehen, ist in Wirklichkeit die Verdichtung zweier grundlegender Unwahrheiten, die heute die russische Kirche lähmen. Es ist die im eigentlichen Sinne ekklesische Unwahrheit und die kirchlich-soziologische Unwahrheit. Der Kern der ersten Unwahrheit ist das faktische Fehlen des Glaubens an die geistliche Vollmacht der Kirche (es heißt aber: nach eurem Glauben werdet Ihr empfangen!). Der Kern der zweiten Unwahrheit besteht in der Psychologie des seiner bürgerlichen Rechte beraubten Menschen, einer Psychologie, die sich in das Bewußtsein beinahe der ganzen russischen Geistlichkeit eingefressen hat.“

Aus einem Brief an den Priester Sergej Scheludkow, Mai 1972.

Quelle für alle drei Zitate: „Glaube in der 2. Welt“, Jan. 1973, 1 Q 73.

Das eine steht indes fest: die klare, offene Konfrontation der orthodoxen Kirche mit dem Sowjetregime wird wohl kaum von irgendwelchen Geistlichen befürwortet. Das scheint die Lehre zu sein, die die Kirche aus der tragischen Geschichte des Kirchenkampfes in den zwanziger Jahren gezogen hat. Schon zur Zeit des *Patriarchen Tichon*, dem niemand geistliches Versagen vorwerfen wird, kam die Kirchenleitung schließlich zu der Einsicht, es sei unbedingt notwendig, einen *modus vivendi* mit dem Staat zu finden, um die für die orthodoxe Kirche unentbehrliche hierarchische Struktur zu erhalten. Damit war die spätere Linie des Moskauer Patriarchats vorgezeichnet. Ist diese grundsätzliche Entscheidung einmal gefallen, besteht dann auch heute noch die Möglichkeit kirchlicher Opposition in Sowjetrußland? In welchen Grenzen kann sie sich bewegen? Was kann die Kirche durch sie erreichen?

Über den Begriff einer „Katakombenkirche“ in den kommunistisch regierten Ländern besteht mancherlei Unklarheit und Verwirrung. Einmal versteht man darunter alle oppositionellen christlichen Strömungen. Sodann wird der Begriff für einzelne nonkonformistische geistliche Handlungen orthodoxer Priester gebraucht. Schließlich verwendet man ihn für jene verschwindend kleinen orthodoxen Gruppen, die sich schon 1927/28 völlig von der Patriarchatskirche gelöst haben.

Was bedeutet überhaupt kirchliche Opposition in der UdSSR? Man muß zwischen geistiger und politischer Opposition streng unterscheiden. Einzelne Christen können in politischer Opposition zur Regierung und zum System stehen und diese Überzeugung auch öffentlich, zum Beispiel im *Samisdat*, vertreten. Der Bogen reicht hier von dem das Regime entschieden ablehnenden *Alexander Solschenizyn* bis zu *Anatolij Levitin-Krasnow*, dem leidenschaftlichen Kritiker der gegenwärtigen Patriarchatsleitung.

Wichtiger aber ist es, die geistige Opposition ins Auge zu fassen. Versteht man sie in einem weiteren Sinne, so fällt darunter streng genommen fast die ganze Patriarchatskirche. Denn alles, was zur Ausbreitung und Stärkung des Glaubens, zur Hebung des Niveaus des Klerus, zur Verbesserung des kirchlichen Lebens geschieht, dient der Stärkung der christlichen Weltanschauung. Einer Weltanschauung also, die in einem fundamentalen Gegensatz zur herrschenden Ideologie des atheistischen Kommunismus steht. Verfolgt man die unzähligen Maßnahmen, die im Lauf der Nachkriegsjahre vom Patriarchen

Eine Kirche, die die göttliche Liturgie feiert

„Ein anglikanischer Besucher Rußlands bat einmal den Patriarchen Alexij um eine Definition der Russischen Orthodoxen Kirche. Die Antwort – ‚eine Kirche, die die göttliche Liturgie feiert‘ - enttäuschte ihn. Zweifellos verstand er die Bemerkung so, als bedeute sie ‚eine Kirche, die nur die göttliche Liturgie feiert‘. Hätte er betont ‚feiert‘ und mehr noch ‚göttlich‘, wäre er einem Verständnis für die Haltung des Patriarchen (und der Russischen Kirche) näher gekommen. Denn die neue und verstärkte Konzentration auf den Gottesdienst hat den russischen Christen einmal mehr gezeigt, daß die Liturgie als Jakobsleiter dienen kann, daß sie ein Treffpunkt zwischen Himmel und Erde sein kann, ein Lebensraum, in dem der Mensch mit Gott Gemeinschaft hat.“

Aus: Trevor Beeson „Discretion and Valour“, Glasgow 1974, S. 78.

selbst, von den Bischöfen und Priestern getroffen wurden, unter Ausnutzung der von der Regierung in dieser Zeit der Kirche gewährten Atempause, so muß man feststellen, daß diese geistige Opposition sehr weite Kreise der Gläubigen in der Sowjetunion erfaßte. Sie führte sogar dazu, daß es bis zur Mitte der fünfziger Jahre scheinen konnte, als führe die orthodoxe Kirche einen Siegeszug.

Das atheistische Regime war sich dessen bewußt. Darum versuchte es, diese Entwicklung einzudämmen. So wurden zum Beispiel nicht mehr als acht Priesterseminare zugelassen, es wurden kaum noch neue Bischofsweihen genehmigt. Dazu kam das - freilich wirkungslose - Wiederaufleben der atheistischen Propaganda. Schließlich brach unter Chruschtschow eine neue Welle der Verfolgung über die Kirche herein, der mehr als zehntausend orthodoxe Kirchen zum Opfer fielen. Wenn auch abgeschwächt, ist der Druck bis heute zu spüren. So gehören alle Glieder der Patriarchatskirche in diesem weiteren Sinn zur geistigen Opposition. Auch dort, wo bewußt konformistische Erklärungen im Sinne der Sowjetideologie abgegeben werden, etwa über volle Religionsfreiheit in der UdSSR oder über politische Fragen. Solche Erklärungen sind jene „Münzen“, mit denen die gefangene Kirche ihre Existenzmöglichkeiten bezahlen muß. Die Erfahrung lehrt: Die Münze muß desto größer sein, je größer die staatliche Konzession ist, die man erreicht.

Kommunistisches Christentum

„Heute wird die Meinung abgelehnt, die noch in den 50er Jahren herrschte; nämlich, die Religion sei apolitisch, das Evangelium enthalte keine sozialen Richtlinien und Christus sei nie ein sozialer Reformator gewesen. Man hat aufgehört zu reden von der Unmöglichkeit, ‚den Stempel der absoluten, ewigen Lehre Christi auf die sozial-ökonomischen und politischen Doktrinen zu setzen‘.

Heute unterstreichen die führenden orthodoxen Hierarchen die Notwendigkeit, daß die Religion auf die Geschichte einwirke. Die Religion soll zu einem der wichtigsten geschichtlichen Faktoren der Lebensvervollkommnung auf der Grundlage echter Gerechtigkeit werden. Dieser Auffassung zufolge tauchen in ihren sozial-politischen Richtlinien neue Begriffe auf wie: ‚das kommunistische Christentum‘, ‚die Theologie der Revolution‘, ‚die Theologie der Aussöhnung‘, ‚die Theologie des Friedens‘ u.a.m. Sie entsprechen im großen ganzen den heutigen Auffassungen aller Basisgruppen.

Die Doktrin des ‚kommunistischen Christentums‘ verurteilt den Kapitalismus, kritisiert das System der Ausbeutung und Versklavung Werktätiger in der Bourgeoisie, entlarvt das gegen die Völker gerichtete Wesen der räuberischen Kriege, die rassische und nationale Diskriminierung. Gleichzeitig ruft die ‚Theologie der Revolution‘ die Gläubigen auf, sich in die ersten Reihen der Erbauer des Kommunismus zu stellen, ihre soziale Pflicht gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen und aktive Teilnehmer an den großartigen sozialistischen Reformationen zu werden.“

Aus: M. Novikov, „Orthodoxe Auffassung sozialer Prozesse“, Aufsatz in der Atheismus-Zeitschrift „Nauka i Religija“, 3/1973, Quelle: „Glaube in der 2. Welt“, Dez. 1973, Nr. 12, 4 Q 73, S. 16.

Die neue Verfolgungswelle brachte die Wende von dieser weiteren passiven geistigen Opposition zum aktiven Eintreten für den bedrohten

kirchlichen Lebensraum. Am 30. Dezember 1959 degradierte und exkommunizierte der Heilige Synod unter dem Vorsitz des *Patriarchen Alexij* die orthodoxen Geistlichen und Laien, die öffentlich ihren Abfall vom Glauben bekanntgegeben hatten - ein Ereignis, das an die Zeiten des schärfsten Kirchenkampfes unter *Tichon* erinnerte und kaum für möglich gehalten worden war. Am 16. Februar 1960 prangerte *Patriarch Alexij* öffentlich diejenigen an, durch die „die Kirche Christi, welche sich das Wohl der Menschen zum Ziel setzt, Angriffe und Tadel erleidet“. Er schloß seine Rede mit der biblischen Verheißung, daß „die Pforten der Hölle die Kirche nicht überwinden werden“. Man vermutet, daß hinter beiden Protestaktionen *Metropolit Nikolaj von Kruticy* stand, der Leiter des Außenamts des Patriarchats. Kurz danach verlor er die Leitung des Außenamts, einige Monate später sein Amt als Metropolit, Ende 1961 starb er unter ungeklärten Umständen.

Diese Protestaktionen führten zur massiven Verschärfung des Drucks auf die Kirche. Massenweise wurden Kirchen geschlossen, die theologischen Seminare von acht auf drei reduziert, die Zahl der Klöster drastisch verkleinert. Die Sowjetführung gab eindeutig zu verstehen, daß sie eine aktive kirchliche Politik auch dann nicht zu dulden bereit sei, wenn sich die Kirche dabei durchaus in den Grenzen der Loyalität halte. Die Kirchenleitung stand damit vor der Entscheidung: weiter protestieren oder sich fügen? Sicher wäre der erste Weg der heroischere. Aber wäre er auch der realistischere?

Seit diesem Konflikt, als das Patriarchat sich gezwungen fühlte, den *Metropolitan Nikolaj* fallen zu lassen, damit an ihm ein Exempel statuiert sei, hat es auf sämtliche öffentlichen Proteste verzichtet. Das wurde nicht selten als Feigheit oder sogar Verrat angeprangert. Immerhin aber sind heute in der Sowjetunion allem Anschein nach doch noch etwa 7500 Kirchen offen.

Aktiven Widerstand gab es seitdem nur von einzelnen Gläubigen. Und er richtete sich manchmal mehr gegen die Passivität der Kirchenleitung als gegen die kommunistischen Unterdrücker. Im November 1965 richteten die beiden Priester *Eschliman* und *Jakunin* einen offenen Brief an die Regierung der UdSSR und an den *Patriarchen Alexij*, in dem sie gegen die Unterdrückung und Gefährdung der Kirche protestierten. *Anatolij Levitin-Krasnow* erhob seine tapfere Stimme. Der Mathematiker *Boris Talantov* aus Vjatka (Kirov) verwarf jeden Kompromiß der Orthodoxen Kirche mit dem Sowjetstaat und bezahlte seine entschiedene Haltung mit dem Leben. Aber sogar dieser radikale Kritiker der Patriarchatskirche betonte, man dürfe nicht aus ihr austreten und sich anderen Gruppen anschließen, müsse vielmehr in ihr ausharren und gegen die falschen Hirten in ihren Reihen streiten. Besonders erwähnt sei jedoch *Erzbischof Jermogen von Kaluga*. Er verstand es, seine Diözese während der Verfolgung nahezu intakt zu erhalten, und widersetzte sich den administrativen Restriktionen. Dafür wurde er in einem Kloster zur Ruhe gesetzt. In Erzbischof Jermogen hat die russische Orthodoxie einen wahren Bekennerbischof.

Nicht alle Proteste gegen das Moskauer Patriarchat gehören freilich zu dieser legitimen innerkirchlichen Opposition. So wurde vor einiger Zeit in westlichen Presseberichten *Erzbischof Pavel von Wologda* als ein Bekenner gefeiert, obwohl sich gerade bei ihm der Verdacht opportunistischer Zustimmung zum sowjetischen System nahelegt.

Die tragische Lage der orthodoxen Kirche

„Eminenz, wahrscheinlich hörten Sie vom Schicksal, das den Priester der Kirche von St. Nikolaus in Moskau, Vater Dmitrij Dudko, ereilt hat. In den letzten Monaten führte Vater Dmitrij nach den Gottesdiensten Gespräche mit den Gläubigen, wobei er auf Fragen über den christlichen Glauben und die christliche Weltanschauung antwortete. Die Kirche konnte die dichte Menge der Zuhörer nicht aufnehmen. Menschen verschieden nach Alter, Nationalität, gesellschaftlicher Stellung. Das zeigte, wie groß das Bedürfnis nach solchen Gesprächen war. Anfang Mai 1974 wurden diese Gespräche Vater Dmitrij im Namen des Patriarchen verboten. Später wurde er in das Patriarchat vorgeladen und bekam die Mitteilung, er sei aus seiner Kirche versetzt worden. Es wurde kein Urteil über die Gespräche abgegeben. Doch kann man die Versetzung nur als ihre Verurteilung verstehen. So verstand es auch Vater Dmitrij; er trat von seinem Amt zurück.

Diese Ereignisse geben ein krasses Bild der heutigen tragischen Lage der Orthodoxen Kirche. Die Priester werden heute in unserem Land nicht erschossen; statt dessen besteht eine unklare, zweideutige Situation: Die Verkündigung des Glaubens und Versuche der Seelsorge werden wenigstens äußerlich durch die kirchliche Hierarchie selbst unterdrückt. Bischöfe, die Priester und Kirchengebäude ihrer Eparchie verteidigen, werden entlassen. Priester die darauf bestehen, die religiösen Gebote einzuhalten oder die Gläubigen vor der atheistischen Propaganda zu schützen, bekommen ein Verbot und werden entlassen. Ständig werden Priester, die die Liebe der Gläubigen durch aufrichtige Predigt und hohe seelische Eigenschaften erobert haben, aus ihren Gemeinden versetzt. Eine solche Lage ist für die Orthodoxe Kirche heute, da die Menschen sich so sehr vom Glauben angezogen fühlen, besonders gefährlich. Diese Regung kann durch keine Macht gestoppt werden. Solche Situationen aber, wie jetzt diejenige des Vaters Dmitrij, können die Gott Suchenden von der Orthodoxen Kirche abstoßen. Sie können zu einer Trennung der Kirche führen, zu einem neuen Schisma.

Ich bitte Eure Eminenz, Ihre Autorität als Erzbischof der Russischen Orthodoxen Kirche zu gebrauchen, damit solche Ungerechtigkeit, die unheilvolle Folgen hätte, nicht geschehen kann. Ehrfurchtsvoll Ihr Schafarevitsch.“

Offener Brief an den Erzbischof Vassilij von Brüssel und Belgien

Quelle: „Glaube in der 2. Welt“, Oktober 1974, Nr. 10, S. 14f.

Igor R. Schafarevitsch ist Mathematiker, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, seit 1971 Mitarbeiter im „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte“.

Vor kurzem wurde in Moskau der Priester *Dmitrij Dudko* in seiner Kirche vorübergehend festgenommen. Er hatte jeweils am Samstag nach dem Abendgottesdienst noch Zusammenkünfte veranstaltet, bei denen er mit den Gläubigen religiöse Gespräche führte und die gewaltigen Zulauf fanden. Das Patriarchat entzog ihm auf staatlichen Druck hin seine Pfarrei, doch hat er heute außerhalb Moskaus wieder eine Gemeinde. Wie diese Maßnahme selbst die Doppelgesichtigkeit spiegelt, die die kompromißbereite Haltung der orthodoxen Kirchenleitung kennzeichnet, so zeigte Dmitrij Dudko selbst tiefes Verständnis für die Chancen und Gefahren des offiziellen kirchlichen Kurses. „Ihr betrachtet die Geistlichkeit und sogar den Patriarchen selbst als Fehlende“, so antwortete er den Kritikern des Patriarchen. „Das aber ist oberflächlich. Wer außer ihm befindet sich in einer solch schwierigen Lage?“

Johannes Chrysostomus OSB

3. Widerstand: die Reformbaptisten

„Wenn die kirchliche Opposition in der Sowjetunion heute Religionsfreiheit fordert, so meint sie damit nicht ein abstraktes Prinzip, sondern dessen konkrete Ausfüllung. Es geht um die Umsetzung eines Grundrechtes in die alltägliche, gesellschaftliche Wirklichkeit und um die Erweiterung eines Freiheitsraumes, der von der Verfassung zwar scheinbar garantiert, in der Wirklichkeit aber aufs schärfste beschnitten wird.“ So analysiert Gerhard Simon, Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, in einer Arbeit über den „Kampf für die Glaubensstoleranz“ die Grundintention der innerkirchlichen Opposition und trifft damit genau die Situation jener dissidenten baptistischen Christen und Gemeinden, die in den letzten Jahren den religiösen Widerstand am nachdrücklichsten vertreten haben.

Im Zuge der Chruschtschow'schen Verfolgung verfügte die Leitung des staatlich anerkannten *Allunionsrats der Evangeliumschristen-Baptisten*, zu dem sich verschiedene evangelisch-freikirchliche Gemeinschaften zusammenschlossen hatten, eine Reihe restriktiver Maßnahmen, die ihr vom Regime aufgezwungen waren, aber nahezu einer Selbsterstörung gleichkamen. Besonders gravierend für die missionarisch-orientierten Gemeinden war die Unterdrückung jeder evangelistischen Arbeit. „Der Hauptzweck des religiösen Dienstes ist in der gegenwärtigen Zeit“, so begründete der Allunionsrat, „nicht das Gewinnen neuer Mitglieder, sondern die Befriedigung der nötigsten geistlichen Bedürfnisse der Gläubigen.“ Als Reaktion darauf sammelten sich schon 1961 die oppositionellen Kräfte und bildeten eine reformerische Initiativgruppe, die „*Initiativniki*“.

In den folgenden Jahren steckten die „*Initiativniki*“ in einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Allunionsrat ihre Position gegenüber der Kirchenleitung und dem Staat ab. G. K. Krjutschkow, einer ihrer Führer, sagte in seinem Prozeß im November 1966: „Die Kirche ist eine religiöse Organisation. Der Staat hat keinerlei juristisches Recht, sie zu kontrollieren. Die Kirche ist vollständig getrennt. In welchem Gesetz steht, daß die Kirche sich den staatlichen Behörden zu unterwerfen hat?“ Aber den unkontrollierten Lebensraum, der hier gefordert wird, kann der totalitäre Staat gerade nicht zugestehen. Der Kirchenleitung warfen die protestierenden Gemeinden Verrat am Evangelium und Zusammenarbeit mit der atheistischen Staatsmacht vor. Schließlich konstituierte sich 1965 ein unabhängiger, aber illegaler „*Rat der Kirchen der Evangeliumschristen-Baptisten*“.

Diese dissidenten Baptisten, denen trotz ständiger Bittgesuche die Registrierung verweigert wird, sind seither den heftigsten Pressionen und der einzigen wirklich konsequenten Christenverfolgung von seiten des Staates ausgesetzt. Zwar haben sie niemals das sowjetische Herrschafts- und Gesellschaftssystem selbst in Frage gestellt. Im Gegenteil, sie betonen ihren Willen zur Loyalität als Sowjetbürger. Eine Moskauer Parteikommission bestätigte ihnen nicht nur, sie seien „durchweg gute Facharbeiter“, die wegen ihrer Zuverlässigkeit mit Schlüsselstellungen betraut würden, sondern auch, sie

lebten in ihren Familien in Frieden und ließen niemanden ungetröstet sterben. Gute Bürger also, aber eben Gläubige, die sich der administrativen Überwachung entzogen - ein Fremdkörper in der uniformen Sowjetgesellschaft.

Hinzu kommt, daß diese Christen aufgrund ihrer entschiedenen Haltung und ihrer Bereitschaft zu Bekenntnis und Opfer eine erhebliche Ausstrahlungskraft gewonnen haben. Vor allem junge Leute fühlen sich angezogen. So sind die Evangeliumschristen-Baptisten wohl die einzige Religionsgemeinschaft in der Sowjetunion, die - unter schwersten Bedingungen - spürbar wächst. Ein Samisdat-Dokument, das die gegen sie erhobenen Anklagen zusammenstellt, spiegelt das aktive Gemeindeleben dieser Gruppen wieder: „1. Predigt des Evangeliums unter den eigenen Glaubensbrüdern; 2. Freies Bekenntnis des Glaubens an Gott; 3. Verbreitung religiöser Literatur; 4. Teilnahme und Gestaltung von Gebetsversammlungen des ‚Rates der Kirchen‘; 5. Erziehung der Kinder im religiösen Geist im privaten Rahmen und entsprechend ihren Überzeugungen; 6. Überlassung des eigenen Hauses zu Gebetsversammlungen der baptistischen Glaubensbrüder; 7. Verweigerung der gerichtlichen Aussage über die Kirche und ihre Mitarbeiter; 8. Weigerung, einen Kompromiß mit dem Atheismus und dem ‚Allunionsrat‘ einzugehen, der von der Lehre Christi abgewichen ist.“

Wie differenziert und funktionsfähig die Organisation ist, die die freien Baptisten aufgebaut haben, wird an einer Aktion der sowjetischen Behörden gegen den Verlag „Christianin“ in Litauen deutlich. Ende Oktober 1974 wurden sieben Mitarbeiter verhaftet, die Druckereiausrüstung und das Materiallager, in dem 30 000 Neue Testamente zur Auslieferung vorbereitet waren, beschlagnahmt. Verlag und Druckerei hatten bereits seit Juni 1971 bestanden und konnten trotz wachsender Gefahr der Auflösung bisher geistliche Literatur drucken und verbreiten.

Zahlreiche Eingaben an die Sowjetführung, Briefe an prominente Persönlichkeiten in der westlichen Welt, geistliche Samisdat-Literatur, aber auch Prozeßprotokolle, Verteidigungsreden von Angeklagten und statistische Nachrichten zeichnen ein eindrucksvolles Bild von der selbstbewußt aufrechten, unpathetischen, leidensbereiten Haltung dieser Christen. „Ein Christ kann nicht gleichgültig sein. Wenn du die Wahrheit erkannt hast, folge ihr nach, verteidige sie, und wenn es nötig ist, dann leide für sie. Ich kann nicht anders sein ... Ich bin keine Heldin. Ich liebe die Freiheit. Doch wozu soll sie mir dienen, wenn ich nicht ‚Vater‘ zu Gott sagen darf? Mich ermutigt und stärkt das Bewußtsein, daß meine Seele und meine Gedanken frei sind. Das ist alles, was ich Ihnen sagen wollte.“ So verteidigte sich *Aida Skripnikowa* in Leningrad im Juli 1968 vor Gericht; das Urteil: drei Jahre Arbeitslager.

Es sind vielfach einfache Menschen, die zu den baptistischen Gemeinden gehören. Nur hier ist die oppositionelle Bewegung in breitere Bevölkerungsgruppen und andere soziale Schichten als die der Intelligenz vorgedrungen. Verglichen mit den Intellektuellen des Bürgerrechtskampfes sind die Baptisten eine Massenbewegung. Man sollte

sich trotzdem nicht über die Proportionen täuschen. Während der Allunionsrat die Zahl der im registrierten Baptistenbund zusammengefaßten Mitglieder mit etwa 500 000 angibt, rechnet er mit - zweifellos heruntergespielten - 10 000 bis 20 000 nicht registrierten Gläubigen. Von ihnen waren im Juli 1973 immerhin 187 inhaftiert. Insgesamt dürfte der freikirchlich-baptistische Einfluß etwa eine bis drei Millionen Menschen erreichen.

Die Kirche Christi ist unbesiegbar

„Die Anstrengungen des Atheismus sind vergeblich. Die Kirche Christi ist unbesiegbar. Glaubensverfolgungen haben die Kirche nie geschwächt, sondern gestärkt. Nach dem Prozeß haben wir Jugendlichen mit Blumen in der Hand dem Auto mit unseren Brüdern das Geleit gegeben. Das harte Urteil wird nicht unsere Liebe zu ihnen ersticken, wird nicht die Sympathie vieler vernünftiger Menschen für all das Reine, Hohe, Ehrliche, Gute und Vernünftige ersticken, das in ihnen weiterlebt...

Unsere christliche Jugend hat kein Recht mehr, sich gemeinsam zu versammeln, wir haben keine Möglichkeit mehr, frei auf die Straße zu gehen, weil atheistische jugendliche Rowdys über uns herfallen (ständige Verprügelungen).

Wir dürfen nur die Oberschule besuchen. Von weiteren Ausbildungswegen werden wir ausgeschlossen. Darüber hinaus verleumdet man uns in der Presse auf die verschiedenste Art und Weise. Dies überzeugt uns noch mehr, daß es für uns auf Erden keinen Platz gibt, so wie es für Christus und seine treuen Jünger keinen Platz gegeben hat.“

Aus einem Offenen Brief von Jugendlichen aus Odessa an Leonid Breschnew vom 13. Mai 1969. Quelle: Gerhard Simon „Die Kirchen in Rußland“, München 1970, S. 200f.

Was an Berichten über die Verfolgung Gläubiger in der UdSSR in den letzten Jahren im Westen veröffentlicht wurde, stammt zum großen Teil von dem „*Rat der Angehörigen der Gefangenen*“, den die Reformbaptisten 1964 bildeten und der über gute Kontakte zum westlichen Ausland verfügt. Man muß sich also den Hintergrund dieser Dokumente bewußt machen, um sie richtig einordnen zu können.

So ist es auch gelungen, immer mehr westliche Stimmen - von „amnesty international“ bis zum Generalsekretariat des Oekumenischen Rates der Kirchen - in den Kampf um die Freiheit der Verfolgten und Gefangenen einzuschalten. Etwa bei *Georgij Wiens*, einem der baptistischen Führer, der nach einer dreijährigen Haftzeit untertauchte, im März 1974 wieder verhaftet wurde und - obwohl schwer krank - im Kiewer Gefängnis einen neuen Prozeß erwartet.

Die sowjetische Religionspolitik ist darauf angelegt, den Freiheitsraum der kirchlichen Gemeinschaften möglichst eng, jedoch stets unter Kontrolle zu halten. Deshalb kommt ihr ein Abwandern größerer Gruppen in den Untergrund höchst ungelegen. Sie sucht dies auf verschiedene Weise zu verhindern. Einmal durch Gewaltmaßnahmen bis zur

Der kämpferische Atheismus ist in sich zusammengesunken

„Früher, so sagt Andrej Sinjawschij, habe das Volk in Rußland an Gott geglaubt, während die Intellektuellen, durch das Lesen von Büchern ‚aufgeklärt‘, sich von Gott abwandten. Jetzt sei eine ‚umgekehrte Aufklärung‘ festzustellen: Je mehr die Menschen lesen, je mehr sie sich mit den russischen Klassikern und den kulturellen Werten und Traditionen Rußlands beschäftigten, desto brüchiger werde der in sie eingepflanzte offizielle Atheismus und desto deutlicher führe der Weg zum Glauben.

Das Christentum in Rußland sei heute eine der interessantesten Erscheinungen. Es sei unter den Studenten und den jungen Leuten verbreitet, und natürlich nicht stets mit Opposition gegen das Regime verbunden - aber die Christen seien auch zum Opfer bereit. Viele der angeblich ‚politischen Häftlinge‘ in den sowjetischen Lagern und Gefängnissen seien eigentlich nicht ‚politische‘, sondern ‚religiöse‘ Menschen, deren Eintreten für ihre christliche Überzeugung als ‚antisowjetische Agitation‘ und damit als politische Straftat ausgelegt wurde.

Diese innere religiöse Erneuerung habe zu einer ‚nicht mehr rückgängig zu machenden psychologischen Wandlung‘ in der Sowjetunion geführt. Der ‚kämpferische Atheismus‘ von früher sei in sich zusammengesunken. Das heißt natürlich nicht, daß die Verfolgung der Kirche aufgehört habe.“

Aus: Ein Gespräch mit dem russischen Schriftsteller Andrej Sinjawschij, von D. G. Ströhm.
Quelle: Deutsche Zeitung, 8. November 1974.

physischen Liquidierung. Sodann aber erhalten die offiziell tolerierten Kirchen beachtliche Vergünstigungen, um sie für die Dissidenten wieder attraktiver zu machen. Besonders dem Allunionsrat der Baptisten sind erhebliche Erleichterungen gewährt worden. So sprach sein Generalsekretär im Juli 1973 davon, daß „die Situation der Baptisten in der UdSSR sich gebessert“ habe. Und westliche Besucher staunen immer wieder über die überfüllten baptistischen Gottesdienste. Die Baptistenkirche in Moskau etwa besuchen wöchentlich jeweils mehr als 10 000 Gemeindeglieder.

Die staatliche Linie verbindet also Gewalt mit Flexibilität und hat die totale Kontrolle zum Ziel. Den zum Widerstand entschlossenen Christen geht es um den Freiheitsraum für ihren Glauben. Freiheit jedoch ist unteilbar. Hier treffen sie sich mit den anderen Vertretern der „demokratischen Bewegung“ in der Sowjetunion. Die Zukunftsaussichten dieser Bewegung sollte man nicht überschätzen. Trotzdem bleibt auf jeden Fall, daß in den letzten Jahren ein kritisches Bewußtsein in der Sowjetunion erwacht ist, das sich nicht wieder auslöschen läßt und an dessen Entstehung und Bestand die Christen entscheidenden Anteil haben.

Michael Mildemberger

Cornelia Gerstenmaier studierte Osteuropäische Geschichte und Russische Sprache und Literatur in Bonn und Fribourg/Schweiz sowie Philosophie und Zeitgeschichte an der Lomonossow-Universität in Moskau. 1971 erschien ihr Buch „Die Stinne der Stummen - Die demokratische Bewegung in der Sowjetunion“. Heute lebt sie als Publizistin in Remagen-Oberwinter.

Dr. Johannes Chrysostomus OSB ist kurz vor der Oktoberrevolution in Rußland geboren und in der Russisch-Orthodoxen Kirche aufgewachsen. Er gehört heute dem Oekumenischen Institut der Abtei Niederaltaich an und ist Dozent für Russische Kirchengeschichte an der Universität Salzburg. Als Hauptwerk veröffentlichte er eine dreibändige Kirchengeschichte Rußlands nach der Revolution.

Professor Gustav A. Wetter SJ, geboren 1911 in Mödling bei Wien, trat 1930 in das Collegium Russicum in Rom ein, dessen Rektor er zwischen 1947 und 1954 wurde. Seit 1957 ist er Professor für Geschichte der Russischen Philosophie am Päpstlichen Orientalischen Institut. In der Fischer Bücherei erschien die Gemeinschaftsarbeit: G. Wetter/W. Leonhard „Sowjetideologie heute“ (Nr. 6045/6046).

Michael Mildenerberger, Jahrgang 1934, ist seit 1970 Referent in der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, wo er die außerchristlichen Weltreligionen und ideologischen Probleme, vor allem des Marxismus bearbeitet. Nach dem Studium in Heidelberg, Tübingen und Oxford war er Vikar, Repetent am Evangelischen Stift in Tübingen und Gemeindepfarrer.